

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1919**

117 (22.5.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83376](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83376)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Besten Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.58 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franko.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum Oldenburg für die einfache Zeile bei der ersten Platte, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Restplatte 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Nr. 117. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Nefta, Donnerstag, 22. Mai 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barelmann, Achterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

### Die Ideologie d. Friedensvertrages.

Von besonderer Seite wird uns unsers Verfalltes geleistet: Ueber die Schwere, Unerträglichkeit und Unerfüllbarkeit der Friedensbedingungen, welche die Feinde auferlegen wollen, herrscht im deutschen Volk heute ein Zweifel mehr. Auch das neutrale Ausland vertritt die Lage Auffassung zum größten Teile und selbst die Labour-Partei in England fühlt sich genötigt, gegen die unerhöht grausamen Bedingungen Protest zu erheben. Zum Verständnis des Ganzen wird es somit unerlässlich, wenigstens den Versuch zu unternehmen, in die Gedanken und Pläne unserer Feinde einzudringen, welche bei Ausfertigung eines solchen Friedensvertrages die Triebkraft gewesen sind. Man kann in dieser Beziehung recht wohl zu einem Schluss kommen, wenn man die Besprechungen der französischen und englischen Presse während der letzten Monate überfliegt und sie abliest und einmühtlich aus der historischen, traditionellen Politik Englands und Frankreichs. Denn beide streben mit den nun vertragsmäßig ausgehandelten Kriegszuständen verträglich das immer erbitterte Resultat ihrer Einkreisungspolitik, welche in den letzten 25 Jahren das deutsche Reich umstellt hat und seine Lebensbedingungen stetig erschwert.

Was die Kriegsziele Frankreichs sind, die sich zusammenzufassen in dem Wort: Befreiung der deutschen Gebiete. Immer wieder und wieder war von dieser „Gebahr“ die französische Öffentlichkeit voll und die französische Presse zum größten Teile alle ihre Versprechungen über die Friedensbedingungen auf diesem Gebiet ab. In Wirklichkeit aber besteht für Frankreich eine deutsche Gefahr überhaupt nicht. Das deutsche Volk hat sich sogar während des Krieges von allen Hoffnungen Frankreich gegenüber fern gehalten. Ja noch mehr. In steigendem Maße ist eine Annäherung gekommen, wenn es auch nicht förmlich kann, daß diese eine endgültige Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hätte erzielen können. Jedem eine Annäherungsbewegung auf französischem Gebiet ist erstens weder vor noch während des Krieges in breiter Öffentlichkeit hervorgerufen — mit Ausnahme des kleinen Kreises seiner Annäherungspolitik, die im deutschen Reichstag von der erbitterten Mehrheit desanvoutiert worden sind und die wieder damals noch heute in der deutschen Politik eine Rolle spielen. Es muß in diesem Zusammenhang als bemerkenswerte Tatsache erwähnt werden, daß sogar eine gewisse Abmilderung, die durch Georg Bernhard und Kallisch publizistisch vertreten wird, noch bis in die jüngste Zeit hinein, trotz aller gegenteiligen Tatsachen, am Verständigungsdenken mit Frankreich festgehalten hat. Und es bliebe ganz dahingestellt, warum diese Verständigungspolitik weder Entgegenkommen bei den französischen Chauvinisten noch bei den gemäßigten Parteien finden kann. Daß England eine solche Verständigungspolitik stets zu hinterzögen hat, liegt in der historischen Entwicklung seiner Kontinentalpolitik, die davon hängt, das sogenannte „europäische Gleichgewicht“ durch die Abwägung der gegenseitigen Schwächung der Kontinentalmächte zu erhalten. Deshalb mußte die englische Ideologie dieses Friedensvertrages in Maßnahmen zum Ausdruck kommen, die darauf eingestellt sind, auch nicht die leiseste Annäherung aufkommen zu lassen und sie begünstigt sich mit der französischen, die weitergehend, sogar die völlige Vernichtung der großen deutschen Kontinentalmacht anstrebt.

Mit dieser Erweiterung sind von französischen Standpunkt aus in den Friedensbedingungen folgende Tendenzen zu erkennen: 1) Militärisch würden bei Unterzeichnung des jetzt vorliegenden Vertrages für uns die denkbar ungünstigsten Verhältnisse geschaffen. Denn die Kriegsziele sind so gestellt, daß eine sorgfältige Abwägung zwischen den Polen und den Deutschen das politische Leben Deutschlands ständig vernichten muß. Was damit im Ofen geschaffenen wird, ist nicht nur Annexion, einfache Sicherung, sondern die militärisch gesicherte Intervention wie ein Pakt im Geiste Deutschlands wirken. Durch die militärisch angelegte Grenzgestaltung im Westen, die durch Abtretung von Montjoie, Namur und Cuxen ein Anmarschgebiet in die nachbarlichen Hände bringt, wird sogar das kleine Belgien, dem man das Halten einer unerschütterlich großen Armee zugestillt hat, während Deutschland abstrafen muß, in den Stand gesetzt, ohne groß bemerkbare Mobilisierung in Deutschland einzufallen. Der nämliche Zustand läßt sich an der französischen Grenze verwirklichen. Demnach schaffen sich drei militärische

Einfaktoren, um für alle Zeiten eine Sicherung dafür zu haben, daß Deutschland entgegen dem Willen Frankreichs, Belgiens oder Polens etwas durchsetzen kann. Aber diese militärischen Sicherungen genügen noch nicht. Wenn die Franzosen erwägen die deutsche Gefahr vornehmlich in der hohen Bevölkerungsziffer und in den hohen Wirtschaftskräfte zu erblicken, die beiden Nationen die beiden Faktoren müssen deshalb getroffen werden. Die Friedensbedingungen suchen das zu erreichen, indem wirtschaftliche Hemmnisse solcher Art geschaffen werden, das nicht mehr wie 40-45 Millionen Menschen in Deutschland leben können. Und zwar würde diese Vorkohalt auch nur dann ausreichend ernährt werden können, wenn die Landwirtschaft und die Kleinindustrie zu Höchstleistungen angepornt werden. Der Zweck wird also erreicht, indem man die deutsche Industrie zerstört, die Fortnahme des Saarbeckens und Oberpfaltens anreicht und durch die dreckonischen Maßnahmen in der Kohlenabgabe die Stahl- und Rohstoffherzeugung auf ein Mindestmaß herunterdrückt. Damit sinkt die deutsche Leistungsfähigkeit in den Veredelungsberufen, und wir werden sogar für bis dato selbsthergezeugte Rohstoffe Käufer, weil bei wirtschaftlicher Erdrosselung an einen Export nicht mehr zu denken ist. Die Folge dieses Zustandes ist, daß der Teil der Bevölkerung, welcher in der industriellen Arbeit für den Weltmarkt im Wettbewerb und seinen Nebenzeugen Beschäftigung fand, vollständig arbeitslos wird. Mit nackten Worten: es stehen bei Aufrechterhaltung solcher Bedingungen 20 Millionen Menschen vor der Frage: langsam verhungern oder auswandern. Die Zahl kann sich durch Missetaten usw. auch noch um ein Beträchtliches erhöhen; denn durch die Fortnahme der städtischen Lebensgebiete wird für das restliche Deutschland die Nahrungsfrage eine brennende. Es wird noch mehr wie vor dem Krieg auf die Einfuhr von Ausland angewiesen sein, aber — ohne hinfort Gegenwerte liefern zu können.

Die sich ergebenden Zustände müssen fürchterlich sein, so daß man vorerst zweifeln kann, ob die Entente-Politiker die Tragweite dieser ihrer Friedensbedingungen übersehen haben oder ob diese barbarische, grauamste Vernichtung von Millionen deutscher Menschen eine bewußte Absicht ist. Aber das höchste Kriegziel wäre erreicht, die deutsche Bevölkerung würde mit Sicherheit auf eine möglichst geringe Zahl herabgedrückt. Zu diesen drastischen Maßnahmen kommen scheidende, in der Wirkung nicht abzuschätzende Mittel, welche die Degeneration auf anderem Wege erreichen: durch langsame Zermürbung der deutschen Nationalität. Daß die Revolution, trotz aller ihrer Umwälzungen den deutschen Reichsgedanken unangestastet ließ, ihn sogar in fester Form zu stehen bereit ist, wurde von der französischen Presse stets mit erneuten Aufschüchtlungen in die Vergangenheit gesetzt. Man erinnere sich nur der sorgfältigen Aufstellung der südlichen Westfronten gegen die norddeutschen. Außerdem gibt die Taktik Frankreichs dahin, durch die Rheinpolitik, welche diesen deutschen Strom äußerlich internationalisiert, in Wahrheit französisiert, einen Schnitt durch das deutsche Land zu machen. Fünfzehnjährige Besetzung des Saarbeckens, zehnährige Besetzung von Mainz, fünfjährige Besetzung der übrigen Rheinbrückenköpfe sollen genügen, um den deutschen Geist am Rhein und in den süddeutschen Staaten zu zermürben und mittels Inzucht und Pöbel die süddeutsche und rheinische Bevölkerung dem französischen Willen gefügig zu machen. Betrachtet man diese Momente, so wird klar, daß die Franzosen in offenkundiger Selbstsucht alle Friedensbedingungen auf endgültige und dauernde Vernichtung Deutschlands eingestellt haben und durch eine mit allen Mitteln erstrebte Verminderung seiner Bevölkerung die Befestigung der angeblichen deutschen Gebiete auch noch erreichen wollen, wenn längst die Waffen ruhen. Es könnte scheinen, daß wenn England seinerseits an der Erreichung dieses französischen Kriegszieles interessiert ist. Das ist aber nur äußerlich. Für seine innere Politik schneidet es im Gegenteil die Durchführung solcher Maßnahmen noch weit günstiger ab wie Frankreich. Denn die historische Tradition, immer rückwärts auf seinen inneren Frieden, ist aufs neue befestigt: Europa, in Blut getaucht und in Trümmern zerfallen, ist für ein Jahrzehnt unfähig, die Weltpolitik zu ungunsten Englands zu beeinflussen. Europa wird ein Marktplatz für das kapitalisierende England, den es beliebig ausnützen kann und aus dem es Mil-

liarden zugunsten seiner Renner herauszieht. Deutschland, sein stärkster Rivale, ist vernichtet, seine Handelsstoffe nicht bloß geraubt, sondern auch das Ergebnis seines Schiffsbaus wird in der Folge von weiteren fünf Jahren den englischen Interessen überantwortet. Bis zu diesem Zeitpunkt den fähigen Partner reiflos anzuschalten, heißt alle weltwirtschaftlichen Fäden, die zur deutschen Handelswelt geführt haben, zugunsten Englands abschneiden. Darin liegt vor allem der erheblich größere Kriegsgewinn Englands, weil ihm die schrankenlose Ausbeutung der Kulturwelt gewissermaßen als Monopol übergeben ist.

Es fragt sich, wie es kommt, daß Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, von dem man bisher annahm, daß er die Kriegspolitik unter Voranstellung humaner, völkerbeglückender Ideen verfolge, diesem Vernichtungsvertrag gegen Deutschland seine Zustimmung gegeben hat. Es gibt hier zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, daß Wilson, vollständig ungesittet, jetzt auf die französischen und englischen Kapitalisteninteressen eingeleboren ist, die abhängig sind von denselben amerikanischen. Letztere als Gelbgeber dieses Krieges zu schätzen, kann Wilson sehr gut bemogen haben, mit vollem Bewußtsein diesen Vernichtungs- und Hungervertrag gegen Deutschland mit anzusehen. Es ist aber auch sehr wohl möglich, daß die Tragweite der Dinge nicht übersehen, weil man ihm in Frankreich allmählich die Ueberzeugung beigebracht hat, daß allein Deutschland der Störenfried in Europa ist, allein die Schuld an diesem Kriege trägt, mit ihm die schwerste Strafe verdient und daß ein dauernder Völkerruhe nur möglich ist, wenn unter Mitwirkung Amerikas dieses Deutschland als Großmacht endgültig vernichtet wird. Man muß sich in diese Ideologie hineinsetzen, um selbst zu erkennen, welches Schicksal Deutschland durch solche, aus aufgewogene Friedensbedingungen haben wird. Daß dieser Gewalt- und Vernichtungsfriede gegen Deutschland ein Völkerruhe einleiten wird, kann die Entente ihren Völkern unmöglich glauben machen, und besonders das französische Volk soll sich ersthaft mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein Friede dieser Art nur eine Verewigung des Kriegszustandes bedeuten wird, der durch erzwungene Unterzeichnung heute gewaltigsten Unrecht begünstigt, nach kurzer Zeit mit Naturnotwendigkeit wieder ausbrechen muß. Wenn das deutsche Volk sich bisher von Hoffgefühlen wegen Frankreich freigelassen hat, so muß bei der Unterzeichnung des Gegenstückes die Vernichtungspolitik, sondern vielmehr die Auswirkung schmerzlicher Hoff- und Angstgefühle, die ihre Befriedigung und ihre Sicherung in einer vollständigen Verflüchtigung Deutschlands suchen.

### Zu den Friedensverhandlungen. Die Ententevölker und die deutschen Vorschläge.

WTB. Berlin, 21. Mai. (Drath.) Der Vortritt tritt dafür ein, daß die Deutschen in Versailles fordern müßten, daß ihre Gegenwortschläge den Völkern der Entente bekanntgegeben werden und daß keine Entscheidung getroffen werde, ehe das Volk von ihnen Kenntnis genommen.

### Wenig Aussicht auf Milderungen?

Bern, 19. Mai. Die Antwort Wilsons an den internationalen Frauenkongress in Zürich, in der er heißt, daß die Aussichten auf Milderungen des Friedensvertrages wegen unendlicher Schwierigkeiten nicht vielversprechend seien, erregte in hiesigen politischen Kreisen große Bestürzung, trotzdem man von Anfang an nicht auf entscheidende Änderungen in den Friedensbedingungen gerechnet hätte. Ein neutraler Diplomat erklärte unserem Korrespondenten, Wilson habe sich bereit erklärt, daß er, selbst wenn er wolle, heute nicht mehr zurück könnte.

### Loed Halbane gegen den Friedensvertrag.

Haag, 19. Mai. Halbane ist der erste englische liberale Staatsmann ersten Ranges, der offen die Friedensbedingungen mißbilligt. Er nennt sie in einem Artikel im Glasgow Herald so hart, daß sie wahrscheinlich das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie bezwecken. Er befürchtet eine lächerliche Rückwirkung auf den Völkerruhe und hält eine Reihe der Bedingungen für unbedürftig, oder nicht dauernd haltbar. Er vermischt in dem Vertrage jedes einseitige Prinzip, und glaubt, die Nachwelt werde von seinen Urhebern urteilen, sie hätten sich zwischen zwei Stühlen gesetzt. Die

Moral davon ist, daß diese Bedingungen als bindend für heute, aber nicht als endgültig für irgend eine längere Periode gelten müssen. Neue konstruktive Staatsmannschaft und ein weiterer Blick mögen nötig sein, bevor das letzte Wort über Deutschlands endgültiges Verhältnis zum Rest der Welt gesprochen ist.

### Die deutschen Bischöfe an den Papst.

TU. Basel, 20. Mai. Nach einem römischer Stefani-Bericht meldet die „Tribuna“, daß alle deutschen Bischöfe an den Papst einen Appell richteten und ihn um Schutz für das vor dem Ruin stehende Deutschland baten. Die Bischöfe erinnerten an die päpstliche Note zugunsten eines dauerhaften Friedens. Sie geben zu, daß Deutschland notwendigerweise Opfer bringen müsse, fordern jedoch für ein Volk von 70 Millionen Seelen das Recht zum Leben, um die soziale Wiederaufrichtung vornehmen zu können.

### Keine Abtretung Oberschlesiens?

X. Katowitz, 20. Mai. Zwischen den hier weilenden Mitgliedern der EntenteMission und dem Vierterat in Versailles fand ein Telegrammwechsel statt, aus dem hervorgeht, daß die Entente nicht abgesehen ist, auf die Abtretung Oberschlesiens an die Polen zu verzichten.

### Die militärischen Vorbereitungen der Entente.

WTB. London, 20. Mai. (Reuter.) Das Kriegsamt teilt mit, daß es dem General Pershing in Anbetracht der ungewissen Haltung Deutschlands in der Frage der Friedensbedingungen und der sich daraus ergebenden militärischen Lage augenblicklich nicht möglich ist, Frankreich zu verlassen und daß daher sein Londoner Besuch auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

### Englische Stimmen der Vernunft.

TU. Amsterdam, 20. Mai. Aus London wird gemeldet: Gestern Abend fand in der Albertshall auf Einladung des Bundes zur Bekämpfung des Wuchers eine große Protestversammlung gegen die Blokad der Deutschen statt. Lord Palmer, der den Vortritt führte, erklärte in seiner Ansprache, daß der Friede im Geiste der Versöhnung und des Wohlwollens geschlossen werden müsse. Auch Herbert Emille sprach in ähnlicher Weise zu der Versammlung. Er brachte eine Resolution ein, in der die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, zur Bekämpfung der Hungersnot in den europäischen Ländern diesen hungenden Völkern mehr Hilfe zu leisten. Auch Graf Beaumont legte eine Entschließung vor, in der gefordert wird, daß alle wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen fallen gelassen werden müßten, wenn dadurch die weitere Entwicklung nicht Schaden leiden sollte. Jedenfalls müsse eine Politik der Gleichberechtigung im Handelsverkehr zwischen allen Völkern gefordert werden.

Die englische Wochenchrift „Nation“ befaßt sich in der Nummer vom 10. Mai vornehmlich mit den Friedensbedingungen und spricht sich rückhaltlos gegen die territorialen und wirtschaftlichen Bedingungen aus, und sie weist auf die Gefahren neuer Kriege hin. Die Bedingungen, sagt das Blatt, sind ein Triumph der französischen Diplomatie, bieten keine Basis für einen dauernden Frieden und enthalten eine Anzahl schwerwiegender Verletzungen gegen die Vereinbarungen, unter denen der Feind entworfen wurde. Unter dem Deckmantel des Völkerruhes wird die Macht der Annexionen und Vergeltungsmaßnahmen der Nationalitäten verborgen. Keine feste Regierung und kein Friedensinstrument kann unter einem solchen Frieden bestehen. Es ist nicht ein Friede der Gerechtigkeit, für den Wilson den Völkern gegenüber plädierte, und er wird keinen Bestand haben. Es genügt schon, daß die deutschen Landwirtschaflichen von Polen annektiert wird, um den Streikpfeil für künftige europäische Kriege zu bilden. Die Fortnahme der völlig deutschen Stadt Danzig mit einem breiten Korridor durch ein Gebiet, wovon große Teile vorwiegend deutsch sind und bleiben, und das isolierte Abgeschnittensein Opreussens bieten die allerwollkommenste Gewähr für einen künftigen Krieg, welchen die gefesseltete Diplomatie Frankreichs erkennen konnte. Die absolute Befreiung von preussischen Ländern und Bevölkerungen ohne auch nur den Anschein einer Befreiung seiner Verbodner ist der klarste Beweis für den Triumph des alten Geistes über den neuen nach dem Frieden. Ueber die wirtschaftlichen Bedingungen heißt es: Für die halbe Generation oder noch mehr im Falle der Nichterfüllung kann das deutsche Volk, das verkleinert, durch die Fortnahme seiner besten Hilfsquellen verarmt, sich langsam wieder fest arbeiten, unter einer Knechtschaft, die es zu harter Arbeit zwingt und

Um die Früchte seiner Arbeit nimmt, sobald sie reif werden. Das wirtschaftliche System keines Landes würde unter solchen Bedingungen funktionieren. Selbst die Staatsämter, die bei jeden Verständnisse für die Willigkeit und Menschlichkeit sind, müssen bald gezeugen sein, die Unmöglichkeit zu erkennen, aus einem so von ihnen zusammengestellten Deutschland irgendwelche beträchtlichen Summen herauszubekommen. Es sei nur zu hoffen, daß das Volk Englands und anderer demokratischer Länder sich nicht von der Drohung und von Politikern blenden lassen werde, die diesen Frieden als freien und als besten, der unter diesen Verhältnissen zu erhalten war, hinstellen. Die Völker müssen darauf bestehen, daß dieser schlechte Friede der Staatsmänner einem guten Frieden weichen muß, für den gekämpft wurde.

**Amerikanische Stimmen.**

**Amsterdam, 20. Mai.** Nach einer Neutermelung schreibt "Newport World", das charakteristische der augenblicklichen Lage sei die von der deutschen Bevölkerung in den östlichen deutschen Provinzen an den Tag gelegte Kampfbereitschaft. Die dortigen Zustände seien für einen Bürgerkrieg gegen polnische Besetzung reif. In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Deutschland bereit sei, alle anderen, wenn auch noch so schweren Friedensbedingungen hinzunehmen, wenn ihm nur seine östlichen Provinzen erhalten blieben.

**Haag, 19. Mai.** Aus Newport wird gemeldet, D. G. Willard, der Herausgeber der "Wochenchrift 'The Nation'", der vor einiger Zeit in Deutschland weilte und auf Grund der Eindrücke, die er bei dieser Gelegenheit gemann, die Entente dringend vor Gewalttätigkeiten warnte, bezeichnet den Inhalt des vorliegenden Friedensvertrages als "unverhüllte Raube und Verrätherheit".

**Die Frage der Fristverlängerung.**

**Erzwingung der Friedensbedingungen.**

**Genf, 20. Mai.** Der Ton, in dem die Pariser Presse die jüngsten deutschen Noten behandelt, läßt voraussehen, daß der Verrat auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern in seiner Antwort auf die Proteste der Weltöffentlichkeit, den Termin der Friedensunterzeichnung nicht umhin hinauszuschieben, denn der Beginn der wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmaßnahmen sei sonst unabsehbar. Während der acht Tage, die die Entente sich vorbehält, um die deutschen Gegenanschläge zu prüfen, wird Japan zugezogen werden. Für den Termin, den die Antwort der Entente den deutschen Unterhändlern zum endgültigen Entschluß zu bewilligen gedenkt, sind höchstens acht Tage vorgesehen.

**Haag, 20. Mai.** England lehnt die Verantwortung für die Deutschland auferlegten Bedingungen bezüglich der Liebernahme der deutschen Waffenlieferungen ab.

**Genf, 20. Mai.** Nach dem "Welt Pariser" empfing Wilson General Foch. Wie verlautet, soll den deutschen Bevollmächtigten nach dieser Unterredung, der auch Clemenceau und Richon beimohnten, eine Fristverlängerung abgelehnt worden sein.

**Bern, 20. Mai.** Die Unterzeichnung des Vor-Friedensvertrages dürfte in der zweiten Junihälfte stattfinden. Für die Unterzeichnung werden bereits alle Maßnahmen getroffen. Im Falle der Annahme der Bedingungen werden die deutschen Friedensabgeordneten gleichfalls anreisen, Feinde zu sein, und nicht alle sie zu gewinnen, frei in Paris bewegen können. Den übrigen deutschen Unterhändlern wird die Reise nach Frankreich bis zur Ratifikation des Vertrages verboten sein.

**Wien, 20. Mai.** Präsident Wilson hat eine neue Botschaft an die Vereinigten Staaten fertiggestellt, in der die Möglichkeiten aufgezeigt sind, durch die die Vereinigten Staaten in irgend einem zukünftigen europäischen Streit, der eintritt, wenn Deutschland den Friedensbedingungen nicht nachkommt, hineingezogen werden könne. Der Präsident wird den amerikanischen Kongress um die Ermächtigung bitten, einen Teil der amerikanischen Truppen für weitere fünf Jahre als Teil der alliierten Truppen, die von Deutschland die Erzwingung der Friedensbedingungen zu erfüllen haben werden, am Rhein belassen zu dürfen. Wie das Blatt meldet, bedeutet dieses neben dem Bündnis mit Frankreich einen Sieg Clemenceaus und zeigt, daß deutlicher den Preis, den Präsident Wilson für die Annahme des Bänderbundes und die Ablehnung der Anträge Fochs hat zahlen müssen.

**Amsterdam, 20. Mai.** Graf Brockdorff-Rangau's Antrag auf Fristverlängerung wurde von der Konferenz abgelehnt. Es wurde verlangt, daß er die letzten Vorschläge morgenabend einreicht. Nach anderen Meldungen hat Graf Brockdorff überhaupt noch kein Ansuchen um Fristverlängerung gestellt.

Nach den Bäl. Nachr. sind noch nicht alle günstigen Aussichten auf Milderung der militärischen und wirtschaftlichen Bedingungen erloschen.

**Rücktritt amerikanischer Friedensunterhändler.**

**Wien, 20. Mai.** Der Pariser Korrespondent der Daily News meldet: Sie habe vor kurzem auf die geringe Zustimmung hingewiesen, die der Friedensvertrag in verschiedenen Kreisen findet. Diese Zustimmung hat jetzt dadurch feste Form angenommen, daß eine Anzahl Mitglieder der amerikanischen Kommission Wilson ihre Rücktrittsursache eingereicht haben. Es ist möglich, daß die Abwesenheit nichts mit ihrem Rücktritt und ihrer Nichtteilnahme an der Arbeit der Friedenskonferenz verbunden wird. Sie haben jedoch durch diesen Schritt ihrer Meinung Ausdruck gegeben.

**Amerika behält die deutschen Schiffe.**  
**Wien, 20. Mai.** Die Pariser Ausgabe der Chicago Tribune erzählt: Die Vereinigten Staaten werden die in den amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe vom 700 000 T. trotz des Protestes Englands behal-

ten. Die Vereinigten Staaten wollen die deutschen Schiffe nicht nach Abgabe des verdienten Schiffsraumes unter die Alliierten verteilen lassen, da sonst England den Löwenanteil hätte.

**Wiederanspannung der Blockadefrage?**

**Berlin, 20. Mai.** Neben der Schweiz haben auch die Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark und Spanien von der Entente die Anfrage erhalten, wie sie sich im Falle, daß Deutschland die Friedensbedingungen ablehnt, zur Wiederanspannung der Blockade verhalten.

**Sowjets in Kanada.**

**Winnipeg, 20. Mai.** (Neutermelung.) Laut Telegrammen aus Toronto in Kanada berichtet der dortige Star: In Winnipeg in Kanada, wo vor einigen Tagen der Generalkonferenz erklärt wurde, wurde die Sowjetregierung ertötet.

Der Regierung in Ottawa ist nichts bekannt von der Gründung einer Sowjetregierung in Winnipeg. Die letzten Nachrichten besagen, daß dort alles ruhig ist.

**Ententeannäherung an Rußland.**

**Wien, 20. Mai.** Der Lloyd-Georg nächstbesonderes Echochronik meldet, daß in der letzten Woche eine bedeutende Annäherung zwischen den Vertretern der Friedenskonferenz und den in Paris anwesenden russischen Vertretern der nichtsozialistischen russischen Regierung stattfand. Das Blatt dringt auf Anerkennung einer nichtsozialistischen russischen Regierung, indem es schreibt, daß diese Bewegung, wenn sie schon verdient durch Munition unterstützt zu werden, dann auch auf eine vollständige Anerkennung durch die Friedenskonferenz Anspruch habe.

**Das Verbot des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs.**

**Wien, 20. Mai.** An die großdeutsche Vereinigung ist aus St. Germain eine Drahtung des Abg. Schönbauer eingetroffen, die die Befürchtungen, daß der Republik Deutsch-Oesterreich der Anschluß an das Deutsche Reich verboten werden würde, und daß feinerlei territoriale oder finanzielle Entschädigung für diesen Verzicht gegeben werde, leidet den Tatsachen zu entsprechen scheint.

**Der Londoner Friedensauschuß gegen die Friedensbedingungen.**

**Amsterdam, 20. Mai.** Hier eingetroffenen englischen Zeitungen zufolge nahm der Londoner Friedensauschuß eine Entschlußfassung an, in der gegen die unchristlichen Friedensbedingungen, die im Widerspruch zu den Waffenstillstandsbedingungen stehen, Einspruch erhoben wird. Der frühere Befehlshaber des englischen Besatzungsheeres am Rhein, General Buxton, der in seinem Telegramm die Friedenskonferenz aufforderte, die notleidende deutsche Bevölkerung in der Besatzungszone mit Lebensmitteln zu versorgen, hielt in Wort eine Rede, in der er sagte, wenn man die gefallenen Soldaten fragen könnte, wie man ihnen das große Opfer, das sie gebracht haben, vergelten solle, so würden sie antworten: Wir bitten Euch nur darum, als Bürger die Grundzüge weiterzuführen, für die wir gekämpft und den Tod erlitten haben. Als Churchill in seinem Wahlkreis in Dundee vor seinen Wählern eine Rede hielt, wurde er von einer großen Menge ihm feindselig geminnter Zuhörer häufig unterbrochen. Als er mit Bezug auf die aufsehenerregenden, im "Daily Herald" veröffentlichten Geheimberichte, die die Truppenkommandeure in denen sie aufgefordert werden, zur Frage der Verwendung des Militärs zu freiberechtigten Zwecken Stellung zu nehmen, sagte, bei den inneren Schwierigkeiten, die die gesamte Nation bedrohen, müßten alle Hilfsmittel der Nation eingesetzt werden, erhob sich stürmischer Protest. Churchills Bemerkungen über Rußland erzeugten einen neuen Einspruch. "Unsere Truppen haben nichts in Rußland zu suchen", wurde dem Redner zugerufen. Bezeichnend war folgende Satz in Churchills Rede: "Es ist uns gelungen, im Friedensvertrag alle besonderen Interessen Großbritanniens sicherzustellen." Churchill erklärte auf die Aufforderung der Alliierten müßte darauf hingelenkt, die Verbindung zwischen dem deutschen Imperialismus und dem deutschen Bolschewismus zu verhindern.

**Deutsches Reich.**

**Eine aufgebesserte Mordorganisation.**

**Wien, 20. Mai.** (Draht.) In der sächsischen Kammer verteidigte der Justizminister die Rechtsauffassung der Regierung, wonach die bei den Belagerungszustand verhängen konnte. Er machte dabei die aufsehenerregende Mitteilung, daß schon 14 Tage vor der Ermordung des Kriegsministers Neuring eine Barfolomäusnacht auf dem Marktplatz geplant gewesen sei. Eine Liste sei aufgestellt, wonach den darauf verzeichneten Persönlichkeiten das gleiche Schicksal wie dem sächsischen Kriegsminister beschieden sein sollte.

**Riga von lettischen Jägern besetzt.**

**Wien, 20. Mai.** (Draht.) Die verschiedenen Blätter aus Kopenagben melden, forberten die lettischen Jäger die Auslieferung der bolschewistischen Kommissare in Riga. Diese Forderung wurde abgelehnt, worauf die lettischen Jäger Riga besetzten und den größten Teil der bolschewistischen Kommissare erschossen.

**Hungerstreik politischer Gefangener.**

**Wien, 20. Mai.** (Draht.) Populaire berichtet, daß die aus Anlaß der Unruhen am 1. Mai Verhafteten gestern im Sankt-Gebirgsgefängnis hungerstreik begonnen haben, um dadurch zu protestieren, daß sie als gewöhnliche Straftäter und nicht als politische Gefangene behandelt werden.

**Ein neuer Beitrag zur Schuldfrage.**

**Wien, 20. Mai.** (Draht.) Die D. A. Z. schreibt: Ein neuer Beitrag zur Schuldfrage. Die

Wochenchrift "Das neue Deutschland" wird in ihrer nächsten Nummer eine Denkschrift veröffentlicht, die im Auftrag des Kaisers Franz Joseph vom österreichischen Botschafter am 5. Juli 1914 dem deutschen Kaiser überreicht wurde, und die der Anlaß zur Legende vom Potsdamer Kronrat geworden ist. Diese Denkschrift behandelt die aggressive Politik der Entente, die vom Orient aus den Krieg ins West lenkte. Wenn auch wesentlich neue Gesichtspunkte in der Denkschrift nicht enthalten sind, so ist sie doch ein bemerkenswerter Beitrag zur Lösung der Schuld am Kriege.

**Oldenburg.**

**Oldenburgische Landesversammlung.**

**Neue Vorlagen.**

Anlage 18 bringt eine Neuordnung der Kostenverteilung für die Abgeordneten der Landesversammlung. Der Gesetzentwurf lautet:

- § 1. Die Abgeordneten zur verfassunggebenden Landesversammlung und zum Landtage erhalten 1. für jeden Tag der Dauer der Versammlung ein Tagegeld von 10 M.
- 2. für jeden Tag, an dem sie an einer Voll- oder Ausschusssitzung teilgenommen haben, ein Anwesenheitsgeld von 20 M.

Wenn ein Abgeordneter seinen Aufenthalt in Oldenburg erst nach der Eröffnung der Versammlung beginnt oder vor ihrem Schluß beendigt oder wenn er ihn für mehr als eine Woche unterbricht, fällt das Tagegeld für die Anwesenheitszeit weg.

Die Mitglieder des Gesamtschulrates beziehen das Tage- und Anwesenheitsgeld noch für drei Tage nach dem Schluß der Versammlung.

Die in Oldenburg oder in einem Umkreis von zwei Kilometern wohnenden Abgeordneten erhalten das Tage- und Anwesenheitsgeld zur Hälfte. Die Entfernung wird vom Schloßhof in Oldenburg an gerechnet und nach der am nächsten Festsetzung der Wegebilanz ermittelt.

Die Abgeordneten aus den Provinzen Lübeck und Birkenfeld erhalten das Anwesenheitsgeld auch für Sonn- und Festtage, wenn sie in Oldenburg anwesend gewesen sind.

Die Anwesenheit in den Sitzungen wird durch Eintragung in eine Liste festgestellt.

- § 2. An Reisekosten werden vergütet 1. für die Reisen vor Beginn und nach Schluß des Aufenthaltes ein Reisezeitgeld von 30 M.
- 2. die mit der Beförderung verbundenen baren Auslagen.

Den Abgeordneten aus den Provinzen Lübeck und Birkenfeld werden die baren Auslagen auch vergütet, wenn sie während der Dauer der Versammlung nach ihrer Heimat beurlaubt wurden.

**Schulfragen.**

Der Regierungskommissar (o. Finckh) beantragt unter Hinweis auf die mündlichen Verhandlungen im Ausschusse, hinter dem § 23 des Verfassungsentwurfs folgende Bestimmung in einem neuen § einzufügen:

Die Errichtung und Leitung von Privatlehranstalten und Privatlehrerangelegenheiten ist unter dem Gesetz bestimmten Voraussetzungen gestattet. Der an schulpflichtige Kinder erteilte Unterricht muß mindestens dem für Volksschulen vorgeschriebenen entsprechen.

Eltern und Erziehungsberechtigten ist es gestattet, schulpflichtige Kinder in private Schulen zu schicken.

Eine Bestimmung, welche die Unterrichtsfreiheit gewährt, muß unbedingt in dieser oder ähnlicher Form in die neue Verfassung aufgenommen werden.

Der hoch. Arbeiterverein Cloppenburg-Kropendorfer fordert die Beibehaltung des katholischen Oberlehrerkollegiums. Verankerung desselben in der Verfassung und Beibehaltung des Sitzes in Wehla. Was gleich fordert eine Eingabe des katholischen Lehrervereins Oldenburg.

**Verträge.**

Der Finanzauschuß gibt den Bericht über den Entwurf eines Landtagswahlgesetzes. Abweichende Ansichten traten im Ausschusse nur bei wenigen §§ des Entwurfs auf. Hinsichtlich der Bestimmung des Wahlalters und der Wohnsitz an der bilden sich drei Minderheiten. Die erste Minderheit beantragt Heraushebung des Wahlalters auf 21 Jahre, die zweite Minderheit (Sozialdemokraten) will Herabsetzung der vorgeschlagenen Wohnsitzdauer von 1 Jahr auf 1/2 Jahr. Die dritte Minderheit (Demokraten und Zentrum, letzteres mit Ausnahme des Abg. Enkeling, der zur ersten Minderheit gehört) beantragt Wahlalter von 20 Jahren und Wohnsitzdauer von 1 Jahr, wie der Entwurf vorsieht.

§ 5 des Entwurfs betr. Wahlkreiseinteilung beantragt eine Minderheit (Deutsch-Nationale D. Volkspartei und der Sitz. Anknack) Teilung des Herzogtums in 4 Wahlkreise, während die Mehrheit (Demokraten, Sozialdemokraten und die Mehrheit des Zentrums an einem Wahlkreise für das Herzogtum festhält. Für den Antrag der Minderheit lassen sich Gründe geltend machen, andererseits spräche aber auch derartig vieles dagegen, daß sich nicht an dem Antrag der Minderheit abgeben und an der bisherigen Wahlkreiseinteilung, wie sie für die Nationalwahl galt, festhalten.

Nicht zufrieden sind wir jedoch mit dem Antrag der Mehrheit des Ausschusses (Demokraten und Sozialdemokraten), der durch Streichung des § 12 des Entwurfs die Möglichkeit der Verbindung mehrerer Wahlvorschläge beseitigen will. Der Ausschussbericht, der von einem Mitgliede der Mehrheit verfaßt ist, gibt u. E. nicht genügend die Gründe an, die für die Beibehaltung der Möglichkeit der Listenverbindung sprechen. Wir werden deshalb in einem weiteren Artikel darauf eingehen müssen.

Die weiter beantragten Änderungen des Entwurfs sind eine Konsequenz des vorliegenden Mehrheitsantrags.

§ 9 der Wahlordnung, wonach jeder § 1 im Bezirke 2500-3000 Einwohner umfassen soll, beantragt der Ausschuss die Änderung dahin, daß in berechtigten Fällen auch kleinere Stimmbezirke gebildet werden können.

**Ein oldenburgischer Zentrumsparteitag.**

Es macht sich immer mehr das Bedürfnis geltend nach einer innigeren Verbindung zwischen den Abgeordneten und der Wählerchaft der Zentrumsparlei. Dieses Bedürfnis hat im Reich zu der Forderung eines Reichsparteitages des Zentrums geführt. Die Gründe aber, welche die Wählerchaft des Reichstagszentrums und die Zentrumsparlei immer wieder veranlassen, einen Reichsparteitag für unsere Partei zu verlangen, bestehen ebensogut im Oldenburger Lande, wie leicht hier in noch verstärkter Weise. Denn die Hauptarbeit wird im Oldenburger Lande von jeder in den Ausschüssen geleistet, und die Verhandlungen der Ausschüsse sind vertraulich. Daher kommt es, daß die breite Masse des Volkes hierzulande über die Landespolitik aufwändig wenig unterrichtet ist. Das muß in einem demokratischen Staat, in dem das Volk großen Anteil an der Landespolitik nehmen soll, gründlich anders werden. Gelegentliche Berichte der Abgeordneten über ihre parlamentarische Tätigkeit in großen Volksparteitagen genügen dazu allein nicht, so wichtig und anerkennenswert sie auch sind. Auch wir müssen dazu übergehen, regelmäßig einmal im Jahre einen Parteitag zu veranstalten, auf welchem unsere sämtlichen Abgeordneten ausführliche Berichte zu erstatten hätten, und den Delegierten Gelegenheit geboten würde, ihre Wünsche anzubringen und zu der Tätigkeit unserer Abgeordneten Stellung zu nehmen. Die gegebene Entlastung hierfür ist der Vertretertag der oldenburgischen Zentrumsparlei.

**Der Verwaltungsausschuß über die Kirchen- u. Schulbestimmungen des Verfassungsentwurfs.**

Der Verwaltungsausschuß gibt den äußerst umfangreichen Bericht über die Ausföhrung des neuen Verfassungsentwurfs, zu dem insgesamt 150 Änderungsanträge gestellt sind. Für heute wollen wir nur die wichtigsten Anträge den Kirchen- und Schulbestimmungen berücksichtigen. Morgen (Donnerstag) beginnt im Plenum des Landtags die erste Lesung des Verfassungsentwurfs.

Der Verfassungsentwurf besteht aus den Abg. Behrens (S. P.), Blohm (D. V. P.), Dannemann (D. V. P.), Denis (Ztr.), Dr. Driener (Ztr.), Ehlermann (D. V. P.), Fröhle (Ztr.), Henkel (S. P.), König (Ztr.), Lohle (D. V. P.), Meyer (S. P.), Marck (D. V. P.), Ommen (S. P.), Sante (Ztr.), Steenbock (D. V. P.), Schömer (S. P.), Stukenberg (D. V. P.), Tangen-Stöhlmann (D. V. P.).

**Das Selbstbestimmungsrecht der katholischen Kirche.**

§ 20 des Entwurfs, wonach es jeder Religionsgesellschaft überlassen bleibt, die Anbringung der Abgaben und Leistungen der Mitglieder zu ihrem Zwecke selbst zu ordnen, ist der Ansicht einflußreich der Ansicht, daß der katholischen Kirche das Recht der Selbstbestimmung zuzuschreiben und nichts im Wege steht, daß die katholische Kirche dieses Recht selbst ausübt. Die Rechte des Staates sind nach Ansicht des Ausschusses völlig dadurch gewahrt, daß er bei übermäßigen Belastungen der Steuerpflichtigen durch die kirchliche Besteuerung die Mittel der Verbilligung verfügen kann.

Der Regierungsdirektor war anderer Meinung. Er verwies auf den Weg der Verbilligung und bemerkte, daß die Verbilligung sehr schwierig war.

Die sozialdemokratische Minderheit will natürlich keinerlei Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Den § 20 Antrag lehnt jedoch der gesamte übrige Teil des Ausschusses ab. Diese Mehrheit macht besonders geltend, daß die augenblicklich gegebenen Zuschüsse des Staates an die Kirche Abstraktionen für die den Kirchen gegenüber vorhandenen Verpflichtungen seien, die aus der Einziehung von Kirchengeld herrühren. Abgesehen davon könne man auch einer Religionsgesellschaft, falls sie in finanzieller Not gerate und um Hilfe nachsuchen, nicht verweigern, was man selbst beim Zuzug und Sportvereine gern bewilligen würde.

Die Stellung der Religionsgesellschaften. Die Mehrheit des Ausschusses (mit Ausschluß der Sozialdemokraten) stellt zum § 21 den Antrag die Einleitung des § wie folgt zu fassen:

Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu, soweit sie solche bisher besessen haben" —

**Schulhaushälter — Oberkollaborieren.**

§ 22 des Entwurfs stellt die Minderheit des Ausschusses, bestehend aus den Abg. Dannemann, Denis, Driener, Fröhle, König, Lohle und Sante, den Antrag a: Annahme des § 22 unter Sinuierung folgenden Absatzes:

Die Aufsicht wird unter Leitung der Landesregierung durch drei obere Schulbehörden, für das evangelische und katholische Schulwesen, ausgeübt.

Die Mehrheit, bestehend aus den Abg. Behrens, Blohm, Ehlermann, Marck, Meyer, Ommen, Schömer, Stukenberg, Steenbock und Tangen, ist dagegen. Sie betont, daß die gesamte Organisation der Schulaufsicht durch Gesetz geregelt werden müsse und darum nicht in der Verfassung gebore. Wie etwa die Reform der Oberkollaborieren durchzuführen sei, ob sie etwa als Abteilung dem Ministerium anzugehörig seien, das alles könne man jetzt nicht sagen. Einstweilen, so betonte der eine Teil der Mehrheit, denke man nicht an eine neue

Der Ober- und Unterlehrer, wofür der andere Teil der Mehrheit (Sozialdemokraten) erklärte, daß die Ober- und Unterlehrer befristet werden müssen, weil die Kollegien getrennte Schulbehörden mit der zu konfessionell einheitsförmig nicht zu vereinbaren sind. Dieser Teil der Mehrheit bemerkte ferner, daß man die Mehrheit durchaus gerecht werden müsse, daß solle im Gesetz gesehen, in der Verfassung aber, die die Grundrechte des Volkes enthält, brauche über die Schulbehörden nicht zu entscheiden. In letzterem Punkte war die ganze Mehrheit einig. Sie befristet, daß auch eine Verankerung der Ober- und Unterlehrer in der Verfassung die Reform der oberen Schulbehörden verbündet werden könne, und will deshalb alles der Gesetzgebung überlassen.

Die Mehrheit wies darauf hin, daß im ganzen katholischen Münsterlande alle die Wünsche hätten, das katholische Ober- und Unterlehrer in die Verfassung zu bringen, die bereits schon seit 1855, habe sich völlig eingestellt und arbeite zu aller Zufriedenheit. Wenn die Mehrheit über Rücksichtnahme des evangelischen Ober- und Unterlehrers klage, so treffe das für das katholische Ober- und Unterlehrer in keiner Weise zu. Wünsche, doch sogar die Lehrer seine Selbstbestimmung. Diese legen das größte Gewicht darauf, daß ihre Behörde ein Kollegium sei, weil sie zu einem solchen größeren Vertrauen hätten, als zu einer Behörde, die nur aus einem Delegierten bestünde. Es wird ferner betont, daß man dem katholischen Teile der Bevölkerung nicht darum entgegenkommen müsse, weil ihm gewisse Referatsrechte zugeteilt zu sein, die durch die Verfassung zu sichern sind. Wenn man erkläre, daß die oberen Schulbehörden nicht befristet werden sollten, dann könne man sie auch in der Verfassung aufnehmen. Nachdrücklich wird der Wille der Bevölkerung des Münsterlandes auf Beibehaltung der katholischen Ober- und Unterlehrer in der Verfassung betont. Zweimal habe der Landtag die Aufhebung der Ober- und Unterlehrer beantragt und genehmigt. Die Durchführung des Beschlusses sei nur durch die bisherige Verankerung dieser Behörden im Grundgesetz verhindert worden. Gerade darum aber sei die katholische Bevölkerung miträumlich und würde es nicht verstehen, warum man ihrem Wunsch nicht Rechnung tragen wolle. Einer Reihe des katholischen Ober- und Unterlehrers, das aber in seiner letzten Zusammenkunft außerordentlich billige Arbeit sei, man nicht abgesehen. Würde der Wunsch der Mehrheit nicht erfüllt, so könne es sein, daß sich ein Sturm der Entrüstung erhebe, dessen Folgen man nicht unterschätzen solle.

Unrichtigkeit — Unrichtigkeiten. Zum 23. stellte eine Mehrheit, bestehend aus den Abg. Denis, Driver, Fröbe, König, Cölle, Dannemann und Sante, den Antrag: Streichung des § 23 und seine Ersetzung durch folgende Fassung: Eltern und Vormünder sind berechtigt, die Kinder im Hause oder in Privatschulen unterrichten zu lassen, sofern der Unterricht wenigstens dem für die katholischen Volksschulen vorgeschriebenen Unterricht entspricht. Ihre Verantwortlichkeit zu den öffentlichen Schulaufgaben wird dadurch nicht berührt.

Die soziale demokratische Mehrheit will die Privatschulen radikal beseitigen, während die dritte Mehrheit, die Demokraten, die Erziehung von Privatschulen erschweren wollen.

Konfessionelle Schule — Erziehung. Zum nächsten § 24 des Entwurfs stellen die Demokraten den Antrag, dem § 24 folgende Fassung zu geben: Der Unterricht und Erziehungswesen ist so zu regeln, daß die Jugend eine allgemeine menschliche, bürgerliche und religiös-sittliche Bildung erhält, doch können Kinder nicht gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zum Religionsunterricht angehalten werden. Die Einrichtung der Volksschulen in evangelische und katholische bleibt bestehen, jedoch können auch für Kinder anderer Religionsgesellschaften nach Maßgabe der Gesetzgebung Schulen eingerichtet werden. Die Lehrerbildung wird durch Gesetz nach Konfessionen getrennt geregelt, so weit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt.

Diese Mehrheit bringt zum Ausdruck, daß nicht nur, wie es im Entwurf heißt, die öffentlichen Volksschulen, sondern alle Schul- und Erziehungsanstalten eine allgemein-menschliche, bürgerliche und religiös-sittliche Bildung vermitteln sollen. Der Ausdruck „christliche“ des Entwurfs soll „religiös-sittliche“ ersetzt werden, weil dieser Begriff umfassender und allen Bekenntnissen gegenüber am neutralsten ist. Auf keinen Fall soll man damit einer christlichen Erziehung das Wort reden, vielmehr soll sie in evangelischen und katholischen Schulen durchzuführen sein. Zur Verankerung der nach Konfessionen getrennten Volksschulen in der Verfassung konnte sich diese Mehrheit nur schwer entschließen, weil diese Bestimmung einer etwa in späteren Jahren einsetzenden großartigen Reform im Wege stehen könnte. Es wurde vorgeschlagen, daß man die Konfessionen durch wahrheitsgemäße Arbeit an die Schulen ringen lassen solle. Oefele ist ihnen, die Menschen mehr aber auf der Religiosität zu erziehen, so würden die konfessionellen Schulen nie aufhören zu bestehen. Oefele würde die eingehendere Verordnung der Schulbehörden durch Gesetz, nicht aber durch die Verfassung, in diesem und in den folgenden Punkten zu regeln, daß die katholische Bevölkerung des Landes zu betreiben und die Schulen für einen gemeinsamen Aufbau anderer konfessioneller Heilmittel zusammenzuführen. Einer tiefergehenden Lehrerbildung wolle die Mehrheit in nächsteren Zeiten nicht die

Wege verperren. Darum fügte sie, wenn auch einstweilen keine Aussicht auf Erfüllung besteht, dem entsprechenden Satz des Entwurfs hinzu: So weit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt.

Die 2. Mehrheit, bestehend aus den Abgeordneten Denis, Driver, Fröbe, König, Cölle und Sante stellt den Antrag: § 24 des Entwurfs ist zu streichen und durch folgende Fassung zu ersetzen: In den öffentlichen Schulen soll die Jugend eine deutsche und christliche Bildung erhalten. Der Religionsunterricht bildet einen Teil des Lehrplans, die Kinder können aber gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden, an ihm teilzunehmen. Die Einteilung der Volksschulen in evangelische und katholische bleibt bestehen.

Die Erziehung von besonderen öffentlichen Schulen für Kinder anderer Religionsgesellschaften ist durch die Bestimmung des Abf. 1 nicht ausgeschlossen. Die Lehrerbildung wird durch Gesetz getrennt nach Konfessionen geregelt. Die Antragsteller legen, wie auch die 1. Mehrheit, Wert darauf, daß das gesamte Schulwesen eine einheitliche und christliche Erziehung sei, die der 1. Mehrheit, und sagt namentlich bezüglich der letzteren Bezeichnung, daß man doch, wenn man die christliche Erziehung wolle, dies auch sagen solle. Auf alle Fälle müsse der Religionsunterricht als Pflichtfach besonders erwähnt werden. Nichtchristliche Religionsgesellschaften sollen nicht verweigert werden, was in Abf. 2 auch besonders betont wurde. Die Antragsteller stehen ferner auf dem Standpunkt, daß bei Beibehaltung der konfessionellen Volksschule gleichzeitig auch die Lehrerbildung nach Konfessionen getrennt werden müsse.

Die soziale demokratische und 3. Mehrheit stellt folgenden Antrag: Streichung des § 24 des Entwurfs und Ersetzung durch folgenden Wortlaut: Das Schul- und Unterrichtswesen ist so einzurichten, daß die Jugend eine allgemein-menschliche, bürgerliche und sittliche Bildung erhält.

Die Antragsteller führen zur Begründung an, daß alle weiteren Bestimmungen nicht in der Verfassung, sondern in ein Schulgesetz gehören. Sie wollen eine stiftliche und nicht eine christliche, d. h. konfessionelle Bildung, weil sie den öffentlichen Unterricht von jeder Verquickung mit einer Konfession befreien wollen.

Überwachung des Religionsunterrichts. Eine Mehrheit, bestehend aus den Abg. Blohm, Driver, Denis, Ehlermann, Fröbe, König, Wurten, Sante, Siutenberg, Steenbock und Tangen, stellt den Antrag: Nach dem § 24 des Entwurfs einen neuen Paragraphen mit folgendem Wortlaut einzufügen: Der Religionsunterricht in den katholischen Schulen wird von der katholischen Kirche überwacht. — Für den evangelischen Religionsunterricht ist ein Zusammenwirken von Kirche und Schule durch einen Ausschuss sicherzustellen, an dem evangelische Geistliche und Lehrer beteiligt sind.

In diesem zweiten Satz des Antrags kommt ein Wunsch des evangelischen Oberlehrers in grundsätzlicher Weise zum Ausdruck. Ein Teil der Mehrheit (Demokraten) legt große Bedenken gegen die Festlegung der kirchlichen Beaufsichtigung des katholischen Religionsunterrichts in der Verfassung, gibt aber aus den schon vorher erwähnten Gründen den Wünschen der katholischen Bevölkerung und der kath. Lehrerschaft nach. Folgereich ist die Mehrheit nur auch den Zusammenhang zwischen der evangelischen Kirche und dem evangelischen Religionsunterricht sicherstellen.

Zur Frage der Einheitsförmigkeit. Zum § 25 ist die Mehrheit des Ausschusses, bestehend aus den Abg. Blohm, Driver, Ehlermann, Henkel, Cölle, Meyer, Dnmen, Schmidt, Schömer, Siutenberg, Steenbock und Tangen der Meinung, daß nunmehr der Wille zur Errichtung der Einheitsförmigkeit klipp und klar ausgesprochen werden müsse. Mit dem Worte „möglichst“ habe man in der bisherigen Gesetzgebung schlechte Erfahrungen gemacht. Er sei ein Hemmschuh für den Fortschritt gewesen. Wollte man mit dem Worte „möglichst“ aber zum Ausdruck bringen, daß die Einheitsförmigkeit nur nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zur Durchführung kommen könne, so sei es erst recht überflüssig, denn die finanziellen Mittel des Staates seien ganz vor selbst ausschlaggebend für jede Reform.

Die Mehrheit, bestehend aus den Abg. Dannemann, Denis, Driver, Fröbe, Sante, Cölle und König, betont, daß sie für die Einheitsförmigkeit, ihre Durchführung aber nicht Hals über Kopf wolle, sondern nur dann, wenn ein durchführbarer Plan für die Einheitsförmigkeit vorliege, die Trennung der Volksschulen in evangelische und katholische beibehalten wird.

Stellung des Lehrers. Eine Mehrheit, bestehend aus den Zentrumsabgeordneten und dem demokratischen Abg. Blohm stellt den Antrag: Nach § 25 des Entwurfs ist ein neuer Paragraph mit folgendem Wortlaut einzufügen: Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Zivilstandsbeamten.

Die Mehrheit legt Wert darauf, daß die Lehrer aus der Amtsenthebung, in der sie sich jetzt befinden, herausgehoben werden. Sie wünscht deshalb, daß ihnen wenigstens die Rechte zugesichert werden, die sie nach der alten Staatsverfassung hatten. Die Mehrheit, bestehend aus den Abgeordneten Ehlermann, Dannemann, Henkel, Cölle, Wurten, Dnmen, Schömer und Tangen, war gegen den Antrag. Sie betont, daß sie grundsätzlich mit

der Mehrheit übereinstimmt, aber die Erhöhung der Stellung der Lehrer in der Verfassung nicht für erforderlich hält.

Die Schulen als Gemeindefinanzen. Die Zentrumsabgeordneten stellen folgenden Antrag: Nach dem § 26 des Entwurfs ist ein neuer Paragraph mit folgendem Wortlaut einzufügen: Die öffentlichen Volksschulen sind Gemeindefinanzen. Wird eine Gemeinde durch ihre Schulausgaben über ihre Kräfte beschwert, so soll der erforderliche Zuschuß nach Maßgabe gesetzlicher Zustimmung aus der Staatskasse gewährt werden.

Für den 2. Satz des Antrages stimmt auch der Abg. Dannemann. Die Mehrheit ist gegen diesen Antrag, weil nach ihrer Meinung der Träger der Schule im Gesetz und nicht in der Verfassung genannt werden muß. Die Ablehnung soll aber nicht bedeuten, daß man den Staatszuschuß zu den Schulausgaben der Gemeinde nicht wolle, man ist vielmehr der Ansicht, daß der Zuschuß auch für andere öffentliche Schulen der Gemeinde gewährt werden müsse. Das gehört aber nicht in die Verfassung. Die Mehrheit besteht aus den Abg. Blohm, Blohm, Dannemann, Henkel, Cölle, Meyer, Wurten, Dnmen, Schömer, Siutenberg, Steenbock und Tangen.

### Aus dem Oldenburg. Münsterlande.

Besta, 21. Mai.

— Für Rentennempfänger. Vom 1. Juni 1910 ab erhalten die Empfänger von Militär-Versorgungsgeheimnissen in Betrag kommen nur 8. und 9. Renten — bis auf weiteres eine monatlich zahlbare Leistung von 30 Mark in Höhe von 40 v. H. der ihnen zustehenden laufenden Versorgungsgeheimnisse. Den Rentennempfängern, die ihre Geheimnisse bei den Postämtern Besta, Balum, Langförden, Lutten, Schneidtrug und Wisel erhalten, gehen vom Postamt Besta Quittungs-Bordüre, in denen die neuen Beträge vermerkt sind, vor dem nächsten Zahltag — 29. Mai — zu. In diesen Beträgen sind auch die Rentenzuschläge enthalten, jedoch die besonderen Quittungen über Zuschläge fällig weglassen. — Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß in der Abhebung der Zulagen zu den Invalidenrenten eine Veränderung eintritt. Für diese Zulagen sind auch fernhin besondere Quittungen erforderlich.

— F. H. D. Wir weisen noch einmal auf die Wollfahrt nach Bethen hin, welche die Mitglieder des Rath. Frauenbundes, Zweigverein Besta, am Sonntag, dem 25. Mai, unternehmen werden. Zum Aufbruch nehmen in den einzelnen Bezirken die Vertreterinnen entgegen; diese haben die Zahl der Teilnehmerinnen bis spätestens Freitag bei der Vorführung einzureichen. Die Sit- und Rückfahrt geschieht mit dem fahrplanmäßigen Zuge: Abfahrt morgens 7 Uhr, Rückkehr nachmittags 4.25 Uhr von Cloppenburg. Fahrkarten zu halben Preisen sind am Tage vorher am Schalter zu lösen.

— Aus der Gemeinde Lönigen, 20. Mai. Die Samstags in unserer Gemeinde steht immer noch in großer Blüte. Auf diesem Bahnhofsstand dieser Tage mehrere 1000 Pfund beschlagnahmt worden. Die Karoffeln waren in Körben verpackt und sollten verschickt werden. In dem Dorfe W. erkrankte die hiesige Emdamerle einem Landwirte einen plötzlichen Besuch. Dabei wurde eine Hausfuchung vorgenommen. In der Wohnung wurde mehrere tausend Pfund Karoffeln, 700 Pfund Roggen, 5 Schinken, Speck von einem geschlachteten Schwein, mehrere Pfund Pfeffer und das Fleisch von einem geschlachteten Hund und Schaf beschlagnahmt. Zahlreiche Nachforschungen sind man vor. Ein Eingebrochener wurde in dem Oberförstern benachbarten Bann. Die Diebe haben wohl nicht das Mindeste vorgefunden, denn mitgenommen haben sie nichts. — Den ersten Bienenstock war in unserer Gemeinde erhielt Lehrer Wisel-Schelmkamp. — Auf der Bahnstrecke von hier nach Wuppen sprang ein Gitterwagen aus dem Gleis. Die Folge war eine kleine Verkehrsunfallung. Die schadhaft gewordene Gleisstrecke konnte in der folgenden Nacht wieder hergestellt werden. — Dem hier abgehaltenen Viehmarkt war nur einiges Rindvieh zuzurechnen. Die Preise standen hoch, doch war der Handel nur recht flau. Zum Krammarkt war auch wieder für die Jugend ein Karussell auf dem Platze.

### Aus der Residenz und dem Norden.

Odenburg, 21. Mai.

(—) Ein Schwindler, wie es heißt, ein stellerloser Kellner, gab sich für einen Fabrikanten von Holzgeräten aus dem Ruhrgebiet aus, gründete hier eine Geschöftsfiliale, stiftete sie mit dem nötigen Personal aus und erschwindelte sich dann Bestellungen, wobei er sich gleich die Hälfte der Rollen vorausbezahlen ließ. Nebenbei beschwindelte er auch noch Witwe, und nach in Rühringen sogar einen Kraftwagen. Als es ihm hier schül wurde, verdrückte er, wurde aber in Rühringen festgenommen. Der Mann nannte sich Rogbach und will Angener kein.

(—) Es sind ernannt worden am 1. Juli d. J. Regierungs-Ratler Hermann in Wirsfeld zum Bürgermeister in Niederbrombach; Amtsaktuar Schlep in Oldenburg zum Ratler bei der Regierung Wirsfeld; Amtsaktuar Klep in Wirsfeld zum Amtsbeamten in Oldenburg, der Kaufmann Wilh. Hablo in Oldenburg zum stellvertretenden Handelsrichter beim Landgericht in Oldenburg. An Stelle des auf seinen Antrag ausgeschiedenen Geh. Direktionsrats Lorenz ist der Vermessungsinspektor Ammermann in Cloppenburg zum Mitglied der Prüfungskommission für die Kandidaten auf die Assistentenstellen im Katasterdienst ernannt worden.

— Hantosen, 20. Mai. Von 9 Leben beimgegrüht wurde früh am 14. d. Mts. der Pastor Bultmann von hier. Es wurden ihm Sachen im Werte von 400 Mk. gestohlen.

### Briefkasten.

B. J. in S. Die Zahl der Abgeordneten der Parteien der Nationalversammlung, außer Zentrum und Sozialdemokraten, sowie die Hauptpreisorgane dieser Parteien sind folgende: 1. Deutsch-natl. Volkspartei a. 42. b. Deutsche Tageszeitung, Reichsboten. 2. Deutsche Volkspartei a. 21. b. Berl. Börsenztg., Täg. Rundsch., Köln. Zig., Hann. Cour., Magdeburg. Zig. 3. D. demokr. Partei a. 75. b. Volk. Zig., Berl. Tagesbl. Freit. Zig. Bezüglich der deutschen Volkspartei und der deutsch-demokratischen Partei ist nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob alle angeführten größeren Organe als Parteipresse, in dem Sinne, wie wir sie auffassen, angezogen werden können.

M. in S. Nach der uns gemachten Auskunft sollen den hiesigen Einwohnern von den zur Ausfuhr kommenden Ferkeln nicht die schlechtesten Tiere ausgesucht werden; es brauchen ihnen aber auch nicht die besten herausgesucht zu werden.

### Neueste Nachrichten.

Deutsches Ersuchen um Verlängerung der Frist.

II. Versailles, 21. Mai. (Draht.) Graf Brockdorff-Rantzau hatte gestern als Vorsitzender der deutschen Friedenskonferenz an Clemenceau eine Note gerichtet, worin er mittelst, daß in den nächsten Tagen den verbündeten Regierungen noch Gegenanträge über die territorialen Differenzen, über Elb- und Ostpreußen, über die belgischen Gebiete, über den deutschen Schweberecht, über Arbeitsrechtsfragen und über das deutsche Eigentum im feindlichen Zustande unterbreitet werden sollen. Da es sich hierbei teilweise um verwickelte Fragen handelt, könnte die gemehrte Frist von 15 Tagen zur Erledigung nicht ausreichen. Er stelle deshalb den Antrag, der eingehenden Darstellung die erforderliche Frist zu gewähren.

Keine Unterzeichnung?

II. München, 21. Mai. (Draht.) Der Bamberger Vertreter der Mün.-Augsb. Abendzeit. erfährt, daß nach in Berlin eingetroffenen Meldungen der von der Genie übergeleitete Friedensvertrag nicht unterzeichnet werde und als nächste Folge zu erwarten ist, daß der Einmarsch der Genie erfolgt. Ob Gebiete Bayerns davon betroffen würden, läßt sich im Augenblick nicht übersehen, doch ist zu hoffen, daß Unterfranken mit Würzburg verschont bleibe.

Bevorstehende Umbildung der bayrischen Regierung.

II. München, 21. Mai. (Draht.) Der parlamentarische Berichterstatter der Mün.-Augsb. Abendzeit. in Bamberg meldet zur Frage der Umbildung der bayrischen Regierung, daß der Landtag einleitende Schritte zur Klärung der Lage unternehmen habe. Regierung und Landtag scheinen nun die Absicht zu haben, wenn irgend möglich, das Schachspiel eines Ministes zu vermeiden, sich lediglich an politische Arbeiten zu halten und ein Arbeitsprogramm nach großen Richtlinien aufzustellen.

Ein weiterer Münchener Kommunistenfürer verhaftet.

II. München, 21. Mai. (Draht.) Nach dem M. N. R. wurde der kommunistische Volksbeauftragte für Kunst, Dese, verhaftet.

Die traurige bayrische Finanzlage.

II. Bamberg, 21. Mai. (Draht.) Im Versteigerungsausschuss des Landtags gab die Regierung ein trauriges Bild der bayrischen Finanzlage. Der ungedeckte Fehlbetrag der Staatseisenbahnen beträgt mehr als 330 Millionen M. Die finanziellen Verluste durch die vierwöchentliche Renteauszahlung werden auf 250 000 000 geschätzt.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Hohl, Besta. Druck und Verlag: Bestaer Drucker und Verlag, G. m. b. H. (M. Sommerfeld, Verleger).

Ohne Gattarten. Die gelbblühende Lupinen treffen in einigen Tagen wieder ein. Ab Lager hochleistungsfähige Seradella. Vechna. P. A. Fortmann. Ralkstidstoff und gemahlener Düngestoff empfecht Gen.-Häffelschneiderei, Goldenstedt. Wir empfehlen ab Lager Ralkstidstoff sowie Ralknit u. Ralkimagnesia. Reichterfeld. Ahlers & Mühle.

Es ist uns gelungen, große Posten Waren hereinzubekommen u. empfehlen wir:

### Anzug-Stoffe

in nur guten, halbbaren Qualitäten,  
Sommer-Joppen,  
Hosen,  
Kinder-Anzüge

Ferner  
Hemdentuche, Kessel,  
Hemden-Parchend,  
Schürzenzeuge,  
Kleider-Leinen,  
bwl. Kleiderstoffe.

Kisabamm  
weiße u. farbige Voile,  
Blusen u. Kostüm-Röde.

Harms & Westerhoff,  
Diepholz.

Im doppelt gereinigte  
**Seradella**  
sowie  
**Klee- u. Grassamen.**  
D. Schröder,  
Vehta u. Schneiderkrug.

### Fahrräder

mit la Auslandsfabrikanten u. leichtlaufenden Federn. Vollwertige saubere Arbeit. Großenteils Friedensqualität erstklassiger Radreifen. Staubfänger, dauerhafte Lager, keine Verwindung und Emaille, Messing getauchte Naben.

Fachmännische Garantie

Maschinenbauer  
**Munderloh,**  
Langestrass 73,  
Oldenburg. Fernruf 893.

Wegen anderweitiger Unternehmung sofort zu verkaufen: eine komplet. **Einrichtung** zur Holzschubfabrikation. Die Maschinen sind neu, im Betriebe zu beschlügen und können größere Aufträge mit übergeben werden. Anfragen unt. R. N. 675 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

### Eier.

Kaufe jeden Posten zu höchsten Tagespreisen. Angebote an Ernst Knipprath, Düsselndorf, Borringestr. 98.

### Jagdswagen

mit Klappbod u. Patentachsen (für 7 Personen) wie neu preiswert zu verkaufen.

Carl Seebold,  
Sodenstedt, Telefon 25.

### Empfehle

Mich zum Eheeren von Pappdächern, sowie sonstig. Dacharbeiten.

Julius Bod,  
Wildeshausen,  
Dachdeckermeister.

### Versammlung

des Handelsvereins  
am Freitag, dem 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Hotel Schäfers. — Vortrag des Kleinhandelsbeamten der Handelskammer Herrn Wypfen über **Steuerfragen.** — Gäste willkommen. —  
Der Vorstand des Handelsvereins Vehta.

**Bernhard Högl, Oldenburg i. O.**  
Nadorferstr. 10. — Fernruf 23.  
Fahrboden-Mosaikfliesen: Porzellan, u. weiß. Mische: grauweiß mit farb. Einlagen. Erbsen: rot, auch mit farbigen Einlagen. Weiße Wandfliesen: Majolika, Kunstglasur u. Porzellan. Zement kann zugestellt werden. — Ausgeführt durch geschulte Fliesenleger. —

**Hans Graf, Photograph,**  
Vehta i. O., Klingenbagen.  
Aufnahmen täglich vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr, außerhalb ohne Preisauflage.  
Vergrößerungen. — Seimaufnahmen. —  
Fertigstellung von Amateur-Arbeiten.

Am Sonntag, dem 23. Mai, nachm. 5 Uhr bei Droste  
**Versammlung**  
aller Kriegsbeschädigten der Gemeinde Danne zur Gründung eines **Kriegsbeschädigten-Vereins.**  
Auch Kriegshinterbliebene und Kriegsteilnehmer sind freundlichst eingeladen.  
Mehrere Kriegsbeschädigte.

### Zahnleidende!!

Zähne werden schmerzlos unter langjähriger Garantie naturgetreu eingesetzt. Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc. Fast schmerzloses Zahnziehen mittels lokal. Anästhesie, Nerventöten, Zahnreigen etc. Plattenloser Zahnersatz. Schonendste Behandlung.  
**Aug. Loewenstein, Zahnpraxis,**  
Lohne i. O.  
Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag ununterbrochen von morgens 8 bis 1 1/2 Uhr nachm. im Hause des Hotels Bitter, Lindenstrasse, Ecke Brinkstrasse.

### Ueber Bücher u. Kunstblätter

aus dem Nachlasse des sel. Pfarrers und Dekanien Holtenamp in Lohne ist ein Verzeichnis gedruckt, welches ich jedem Interessenten auf Verlangen frei zusende.  
Lohne. **C. Wilsenbrink,**  
Testamentsvolltreter.

### Todes-Anzeige.



Gestern abend 9 1/2 Uhr verschied nach kurzer, heftiger Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 51 Jahren, unser guter Lehrer, Küster und Organist, unser lieber Freund und Kollege, der  
**Hauptlehrer**  
**Heinr. Schraad.**

Derfelde kam 1889 als Lehrer in unsere Gemeinde, wo er zunächst in Sedelsberg und seit 1900 in Scharrel ununterbrochen in seinem Berufe tätig war. Obwohl seine Gesundheit schon seit Jahren zu wünschen übrig ließ, gönnte er sich keine Ruhe, bis seine Kräfte erlahmten und der liebe Gott ihn zu sich rief in das bessere Jenseits.  
Ehre seinem Andenken!  
Scharrel, den 20. Mai 1919.

Der Seelsorger. **Der Kirchenausschuss.**  
Die Lehrpersonen. **Die Gemeindevorstellungen.**

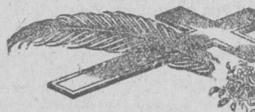
### Todes-Anzeige.



Am 20. August 1917 wurde mein innigstgeliebter Mann meines Kindes treusorgender Vater, unser guter Bruder, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel, der  
**Landsturmann**  
**Ernst Meyer,**  
geboren am 19. März 1880 zu Brockdorf, in den Kämpfen um die Höhe 304 durch eine feindliche Kugel schwer verwundet. Leider war es seinen Kameraden nicht möglich, den durch Bauchschuß Schwerverwundeten zurückzuführen, da die Stellung in aller Eile aufgegeben werden mußte. Seine Vorgesetzten teilten uns mit, daß der liebe Angehörige schwer verwundet in Gefangenschaft geraten sei. Trotz aller Nachforschungen erhielten wir jedoch keine Nachricht von ihm und glauben daher, daß der barmherzige Gott seine gute Seele bald nach seiner schweren Verwundung zu sich in den Himmel genommen hat.  
Nun ist durch eine amtliche Todeserklärung der Todestag auf den 20. August 1917 festgesetzt worden.  
Dies zeige ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten an, mit der Bitte, um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen.  
Im Namen der trauernden Angehörigen  
**Frau Ernst Meyer**  
Rosa, geborene Fredewech.  
Ellen, Bokern, Dinstlage, Bonrechttern, Eßternholz, Lohne und Osterfeine, den 19. Mai 1919.

Das feierliche Seelenamt für den Verstorbenen findet am Samstag, dem 24. Mai, morgens 6.30 Uhr in der Kirche zu Ellsen statt, wozu Verwandte, Freunde und Bekannte eingeladen werden.

### Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, heute abend 9 1/2 Uhr meinen lieben, unvergesslichen, treusorgenden Mann, unsern guten Vater, Sohn, Schwiegerjohn, Bruder, Schwager und Onkel, den  
**Hauptlehrer**  
**Heinr. Schraad**  
in Scharrel  
nach kurzer, heftiger, mit großer Geduld ertragener Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 51 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.  
Wir bitten, der Seele des lieben Verstorbenen im Gebete zu gedenken.  
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 23. Mai, in Scharrel statt, wozu Kollegen, Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Namens der Angehörigen:  
**Die trauernde Wittin.**  
Scharrel, Petersfeld, Böfel, Cloppenburg, Haren, Sedelsberg, Deindrup, Mümühlen, Neuschappel, den 19. Mai 1919.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 23. Mai, in Scharrel statt, wozu Kollegen, Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

**Vehta,**  
Burgstraße 11  
Reparatur-Werkstatt für alle Arten Wand-, Weck- u. Taschenuhren.

**Maschinengartn.**  
extra prima Ware, Roll von 200 Metern, grün und weiß, 5 weif, 5 grün, durch die Post frei 11 Zoll. Nachnahme 100 Rollen frei 100 Mt. Nachnahme  
Wilhelm Thob, Wöningen i. O.

Kaufe jedes Quantum rohes ungelochtes gelochtes  
**Leinöl**  
zu höchsten Preisen.  
Aug. Feigel, Cloppenburg, Bahnhofstr. 23.

Bestellliste  
**Kasten- und Leiterwagen**  
80-120 cm lang, einzeln und waggontweise liefert und waggontweise liefert. Lieferbar. Verlangen Sie Preisliste. C. Kalf, Holz- u. Fabr. Hannover, Spitalstraße 67.

Empfehle  
**Hydrant, Sackfall, Mauerfall.**  
D. Schröder, Vehta & Schneiderkrug.

Einpruch d. Oldenburger Landbundes

und die verfassunggebende Landesversammlung wegen der Vorenthaltung der Uebernahme des Viehverwertungs-Verbandes.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen des O. L. B. lauten im § 5 seines Programms:

Der Oldenburger Landbund fordert weiter, daß für die Zwecke der Landwirtschaft Mittel bereitgestellt werden, insbesondere die sich aus der staatlichen Verwirklichung der Lebensmittelpolitik ergebende Ueberflüsse Viehverwertungsverband, Landesfestfeste, Landeskarnevalsfestspiele usw.) nur so weit als bei dem höchsten Kundstand unserer Gebiete und den sich daraus ergebenden Einflußmöglichkeiten möglich sein, die Erntegüterverhältnisse der gesamten Bevölkerung durch Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu heben.

Namentlich die Mittel des Viehverwertungsverbandes sind zweifelslos zum größten Teil von der Landwirtschaft zur notwendigen Förderung der Landwirtschaft nicht nach mehr im Allgemeininteresse als im besonderen Interesse der Landwirtschaft.

Am 3. Febr. hat der Oldenburger Landbund an die Vorstände aller politischen Parteien nachstehendes Schreiben geschickt:

Der gefächtsführende Vorstand des Oldenburger Landbundes hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Der Oldenburger Landbund kann bei den Wahlen am 23. Februar nur solchen Kandidaten seine Stimme geben, die sich ausdrücklich verpflichten,

- 1. für den baldmöglichsten Abbau der staatlichen Zwangswirtschaft im Sinne der vom Landesparlament gefaßten Beschlüsse unter Punkt 6 seines am 30. Januar 1919 gefaßten wirtschaftspolitischen Programms einzutreten, und
2. dafür zu sorgen, daß für die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft zur Verbilligung der Lebenshaltung öffentliche Mittel bereitgestellt werden, insbesondere reiflos die sich aus der staatlichen Verwirklichung der Lebensmittelpolitik ergebenden Ueberflüsse (Vieverwertungsverband, Landesfestfeste, Landeskarnevalsfestspiele).

Der Oldenburger Landbund ersucht die Parteien, ihre Zustimmung zu vorstehenden Forderungen der Geschäftsstelle des Oldenburger Landbundes, Marschstr. 2, Fernsprecher 130, zu Sb. des Herrn K. Baumüller, bis Donnerstag, den 6. Februar 1919, nach Möglichkeit mittags 2 Uhr, bekanntzugeben.

Daraufhin sind von allen Parteivorständen zusammengeordnete erlegenen Erklärungen abgegeben worden.

Der Oldenburger Landbund darf somit darauf hinweisen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung seine Auffassung teilt. Von einer demokratischen Regierung darf er weiter erwarten, daß sie diesen berechtigten Forderungen nachkommt.

Weiter will der Oldenburger Landbund keine Zweifel darüber aufkommen lassen, daß er mit allen Mitteln der Versuch unternimmt, seine berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Die Landwirtschaft und das Landvolk des Oldenburger Landes lehnen es ab, lediglich Verbrauchspolitik zu sein, weil eine solche die Allgemeinheit aufs schmerzliche schädigen muß.

Ferner stimmt der Vorstand des O. L. B. dem Beschluß der Landwirtschaftskammer betr. Abbau der Zwangswirtschaft zu. Der sofortige Abbau erscheint dringend geboten, um einem drohenden Zusammenbruch vorzubeugen. Der Beschluß der Landwirtschaftskammer lautet:

Die Landwirtschaftskammer hält den Abbau der staatlichen Zwangswirtschaft schon für die Ernte 1919 für dringend erforderlich und beantragt beim Direktorium an zuständiger Stelle vorzuschlagen zu werden, daß von den einzelnen Erzeugnissen eine Mindestmenge von jeder Einheit (Sektar-Anbaufläche) usw. abzuliefern ist. Bei normaler Ernte etwa eine Durchschnittsmenge des in den letzten drei Jahren zur Ablieferung Obliegenen, um mit dieser Menge die Ernährung der Bevölkerung zu sichern, zu gewährleisten. Die mehrentheils 10 000 Mk. sicherzustellen. Die mehrentheils 10 000 Mk. sicherzustellen. Die mehrentheils 10 000 Mk. sicherzustellen.

Gegen das jetzt beliebte absolutistische und bürokratische Vorgehen des Direktoriums in landwirtschaftlichen Fragen erhebt der Oldenburger Landbund schärfsten Einspruch. Er verlangt, daß die gefällige Verwirklichung der Landwirtschaft, die Landwirtschaftskammer, in diesen Fragen gebührt wird.

Bezüglich der Eier empfiehlt der Landbund allen Gemeindevorständen, nach Abgabe der geforderten Eier für jedes Legehuhn auch die weiteren Eier an die geeigneten Stellen zu liefern. Ein Besatzartikel, besonders des Kampfbüchlers.

Aus dem oldenburg. Münsterlande

Bevölk. 21. Mai.

Turnverband „Südoldenburg“. Am 18. Mai fand in Althorn in Rohlebers Gasthause eine Versammlung des Turnverbandes Südoldenburg statt. Vom Geschäftsführer wurde Bericht über die verfloßenen Kriegsjahre erstattet. Nach diesem hat die Tätigkeit im eigenen Turnverbande geruht, dafür hat aber der Vorstand die Leitung der Jugendübungen während der Kriegsjahre übernommen. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre aus manchen Gründen von einem Verbandsturnfest abzusehen, dafür aber im Monat September in Humlosen ein Verbandsspiel, verbunden mit einem Dreikampf, abzuhalten. Die Übungen werden in allernächster Zeit bekannt gegeben werden. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: 1. Vorf. Geschäftsführer Winkler-Cloppenburg; zum stellvertr. Vorf. Bantoorsteher Höjzen in Lohne; zum Verbandsturnwart: Hauptlehrer Schumacher in Nehrstedt; zum Geschäftsführer Sportlehrer-Beamter Borgeing-Cloppenburg. — Dem alten Vorstande wurde, soweit anwendbar, der Dank für die vorzügliche Leitung des Turnverbandes erstattet. — Der Verbandbeitrag wurde für 1918/19 auf 25 3 pro Mitglied belassen.

Der Turnverein Wehda, der während des Krieges gezeugen war, seine Übungen einzustellen, da fast sämtliche Mitglieder zum Wehrdienst einberufen waren, nimmt am Freitag, dem 23. d. Mts., seine Übungen wieder auf. (Siehe Bekanntmachung im Annoncenbl.) Da die Turnhalle selbst noch vom Militär belegt ist, werden die Übungen vorläufig in der Gymnasialsporthalle, die dem Verein zu diesem Zweck in lebenswunder Weise zur Verfügung gestellt ist, abgehalten. Hoffentlich wird die Beteiligung eine recht regel.

Geseforen hat es Kelleneiße in der Nacht zum Dienstag. Schlamm scheint es jedoch nicht gemordet zu sein, so daß unsere Obhoblite wohl nicht gelitten haben wird, und sonst gibt's noch wenig, dem der Frost schaden könnte; in den Gärten ist ja alles um Wochen zurück.

Cloppenburg, 20. Mai. Der fast, Fremdenbuhl vorgestern einen literarischen Abend ab, Frau Grete Schieder aus Dorlmund trug in formvollendeter Weise das „Herenlied“ von Wilhelm Busch vor. Es soll jetzt alle 14 Tage, und zwar Sonntags, ein Lesabend stattfinden. Zum Schluß wurde auf Vorschlag der Vorsitzenden, Frau Meyer-Holzgräbe, eine Resolution gefaßt, die dahin geht, daß die katholische Schule und die religiöse Erziehung der Kinder in Oldenburg in jeder Weise verfassungsmäßig gewahrt werden.

Capellen, 20. Mai. Die Schaffung der Wasserzüge findet am 1. Juni d. Ja. statt.

Widenshausen, 19. Mai. Der Bürgerverein hielt gestern Abend eine Versammlung ab, die gut besucht war und von Herrn Spreuer befehligte. Nach Erledigung einiger Firmlichkeiten wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zunächst beschäftigte man sich mit der Frage, ob weiterhin Militär in Widenshausen bleiben solle, und wie man sich zur Verlegung der Sicherheitsbarriere von Oldensbüttel nach hier stelle. In der Stadt seien diesbezüglich augenblicklich zwei Strömungen vorhanden, deren Gegenwärtigerarbeiten nur zum Schaden beider Teile ausfallen könnten. In der augenblicklich herrschenden Wohnungsnot liege es zum größten Teile, daß diese Frage so weitest Kreise der Bürgererschaft interessiert. Im allgemeinen war man nach längerer Debatte der Meinung, daß die Stadt Widenshausen unbedenklich einen weiteren Verbleiben des Militärs am bisherigen Orte zusammen könne, da dessen Unterbringung in den Baracken des hiesigen Luftschiffhafens gefährdet sei und somit eine Belastung durch die Stadt in dieser Hinsicht fortfalle. Der dann folgende Vortrag des Hofsenspareres Meener über seine Ergebnisse in russisch-litauer Gefangenensatz zwecks Gründung einer Ortsgruppe des deutschen Hilfsbundes zum Schutze unserer Krieg- und Zivilgefangenen hat zweifelslos auf manchen Bürger Widenshausens eine große Wirkung ausgeübt. In beinahe 1/2 stündigem Vortrage schilderte der Redner aus eigener Erfahrung das traurige Schicksal unserer Kriegsgefangenen. Schauer und Entsetzen überkam einem bei den so packenden Schilderungen über das menschenwürdige Dasein, das unsere geliebten Brüder und tapferen Selbsthähnen in Feindesland fristen. Zahlreiche Opfer hätten wir besonders zu Anfang des Krieges in den russischen Gefangenensätzen, wo Zustände herrschten, gegen die sich jegliches menschliche Gefühl auflehnt, zu beklagen. Den Verlusten mehrerer verdorrter Schlachten seien sie gleichbedeutend. Aber auch heute noch sei das Los unserer armen Brüder, besonders in französischer Gefangenensatz, recht jammervoll. Die christliche Nächstenliebe verlange darum gerade in heutiger Stunde, dazu beizutragen, daß nach Möglichkeit die Leben unserer Kriegsgefangenen gemildert werden. Aus diesem Geiste christlicher Charitas heraus sei der große deutsche Hilfsbund zum Schutze unserer Krieg- und Zivilgefangenen entstanden. Ueberall in deutschen Gauen hätten sich bereits Ortsgruppen dieses Zentralbundes gebildet, der in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens schon ganz bedeutende Erfolge aufzuweisen habe. Einem flammenden und feierlichen Proteste sei es zuzuführen, daß die Entente ihren ersten Plan, die deutschen Kriegsgefangenen auch nach Friedensschluß zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs zurückzubehalten, schon aufgegeben habe. Der Hilfsbund strebe dahin, die Lage unserer Kriegsgefangenen während der Gefangenensatz zu erleichtern. Sodann will er sich für ihre möglichst schnelle und ordnungsmäßige Rückbeförderung mit aller Kraft einsetzen. Weiterhin will unsere leidenden Brüdern bei ihrer Rückkehr ein möglichst angenehmes Wohnen bereitet werden, das nur durch Bereitstellung großer finanzieller Mittel möglich ist. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine hochinteressanten Ausführungen zuteil. Es wurde sodann zur Gründung einer Ortsgruppe Widenshausens zum Schutze unserer Krieg- und Zivilgefangenen geschritten. Gegen 10 1/2 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

bo'en, schon aufgegeben habe. Der Hilfsbund strebe dahin, die Lage unserer Kriegsgefangenen während der Gefangenensatz zu erleichtern. Sodann will er sich für ihre möglichst schnelle und ordnungsmäßige Rückbeförderung mit aller Kraft einsetzen. Weiterhin will unsere leidenden Brüdern bei ihrer Rückkehr ein möglichst angenehmes Wohnen bereitet werden, das nur durch Bereitstellung großer finanzieller Mittel möglich ist. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine hochinteressanten Ausführungen zuteil. Es wurde sodann zur Gründung einer Ortsgruppe Widenshausens zum Schutze unserer Krieg- und Zivilgefangenen geschritten. Gegen 10 1/2 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 21. Mai.

Das Landesdirektorium hatte kürzlich die Einsetzung von Beamtenauschüssen der in den Staatsbetrieben beschäftigten Beamten, Lehrt, und Arbeiter genehmigt, um diesen häufig aufgetretenen Mängeln zu entsprechen. Jetzt hat das Direktorium angeordnet, daß die Beamtensauschüsse baldmöglichst gebildet werden sollen und zwar nach den verschiedenen Gruppen getrennt. Ein langjähriger Wunsch der Beamten geht damit in Erfüllung. Die Ausschüsse haben den Zweck, die Interessen der Beamten bei den Behörden wirksam zu vertreten.

In großen Umfang zugenommen haben hier die Mutilationen von Möbeln und Hausgeräten. Wer derartige Sachen veräußert hat, übergibt sie dem Auktionsator zur Versteigerung. In der letzten Zeit fiel es auf, daß die ingen, besseren Stücke Gold- und Silberfachen, Möbeln und Hausgeräte zur Versteigerung bringen lassen. Viele dieser Familien, darunter besonders diejenigen früherer Offiziere, sind durch die veränderten Zeitverhältnisse in Not geraten und zu Verkäufen von entbehrlichen Möbeln usw. gezwungen.

Der Ueberlandzentrale Wiesmoor wurde in letzter Zeit wiederholt von ihrer Hochspannungseitung der Strome Widenshausen-Gandebusch fredekeweile die aus Kupfer bestehende Betriebs-Telefonleitung von den Masten gestohlen. Die Diebstähle, welche wegen der Hochspannung und großer Lebensgefahr verbunden sind, wurden vermittelst durch Leute verübt, die mit Hochspannungseitung vertraut sind. Auf das Aufspindigmachen der Leiter ist eine Belohnung von 300 A ausgesetzt.

Der diesjährige Verbandstag der landw. Vereine für Stadt und Amt Oldenburg findet am 22. Mai, nachm. 3 Uhr, in Grambers Gasthause statt. Es kommen wichtige Fragen zur Verhandlung.

Rennen in Oldenburg-Ohmsede. Die Anmeldungen zu dem am 1. Juni stattfindenden Rennen sind in erheblicher Anzahl eingegangen. In keinem der anderen Rennen sind unter 6 Pferde genannt worden. Die Gesamtzahl der Nennungen beträgt 60. Besonders gut sind auch die Flach- und Jagdrennen besetzt. Da schon am 1. Juni die Morgen-, Mittags- und Abendzüge wieder in früherer Weise verkehren, so ist die Möglichkeit des Besuchs des Rennens aus allen Landesteilen gegeben. Von der Einlegung von Ertragszügen hat freilich abgesehen werden müssen.

Eine neue Spezialität der Langfänger. Aus verschiedenen Geschäften und öffentlichen Gebäuden wurden kürzlich aufgehängt und hingestellt. Schirme gefoltert, während die Eigentümer sorglos am Tisch saßen oder kurze Gespräche erledigten. Radbühnen wurden in geradezu unglaublicher Menge gemeldet. Selbst durch Schloßberger geführte Räder waren einfach im Au verchwunden.

Soziales.

Wehda, 19. Mai. (Drahtb.) Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Daß auch im Oldenburger Lande die Bewegung immer mehr um sich greift, geht daraus hervor, daß in letzter Zeit eine ganze Anzahl neuer Ortsgruppen entstanden sind, sowohl in der Privatindustrie wie auch im staatlichen Betriebesgewerbe. Die Arbeiter- und untere Beamtenschaft steht immer mehr ein, daß ihre Interessen nur durch festen Zusammenhluß in zentralen Organisationen vertreten werden können. In rger Agitation werden die Gebanten auch überall auf lache Land hinausgetragen. Am Sonntag fand ebenfalls eine Gewerkschaftsversammlung, welche von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter einberufen war, im Welterhöhen Lokale statt, in welcher Herr Forst über die allgemeine Lage unter der Eisenbahngewerkschaft sprach. Nachdem er das Nächstste gemeldet und auf die Denkschrift hingewiesen hatte, welche von den Gewerkschaften der Nationalversammlung unterbreitet sei, kam er auf die Oldenburger Verhältnisse zu sprechen. Auch hier seien große Mängel zu beklagen, welches aber nur möglich sei, wenn sich das Personal bis zum letzten Mann den Verbänden anschließen. Welcher Organisation sich der einzelne anschließen, sei seine eigene und Ueberzeugungssache, die Hauptsache sei, daß er sich überhaupt organisiere. Die christlichen Gewerkschaften hätten in der Vergangenheit gezeigt, daß sie in der Lage seien, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Nachdem er noch die Eingabe an den Landtag näher beleuchtet und die neuen Urlaubsbestimmungen für Preußen besprochen hatte (welche auch für die Olden-

burgischen Bahnen beantragt sind), schloß er seine mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Am Anschluß daran traten viele Eisenbahner der Gewerkschaft als Mitglieder bei.

Mögen die Arbeiter, welche hier in Wehda in Privatbetrieben beschäftigt sind, auch einsehen, daß sie ihre Lage nur verbessern können, wenn sie sich ebenfalls wie die Eisenbahner einer starken gewerkschaftlichen Organisation anschließen, dann werden sie erfahren, welche Macht sie in dem Sprichwort liegt: Einigkeit macht stark!

Nah und Fern.

Aurich, 19. Mai. Einen großen Hereinfall erlebten Sparkassisten aus Emden am vergangenen Sonntag in Aurich. Sie hatten eine Versammlung einberufen, in welcher der Kommunist Seih über Gewalttätigkeiten und Arbeiterchaft referieren sollte; in Wirklichkeit aber betrieb er nichts weiter als eine Verhöhnung der Arbeiterchaft. Volk sei Dank befanden sich aber unter den Zuhörern Leute, die den verdächtig Sportkassisten in der Diskuffion so übel zusetzten, daß diesen nichts übrig blieb, als durch niedrige und gemeinliche persönliche Angriffe auf die Diskuffionsredner die für sie verfahren Situation zu retten. Als sie hierbei aber erst recht die volle Ablehnung seitens der ganzen Versammlung fanden und somit dem Grundgedanken ihres eigentlichen Hereins — der Gründung einer kommunistischen Partei in Aurich — nicht näher treten konnten, empfahlen sie noch schnell ihre in großer Zahl mitgebrachten Proschüren — und verfielen. Solchenst erlebte diese Art „Rechtshörschläger“ in Ostfriesland überall gleiche Abfuhr! Rün, 18. Mai. Die Times läßt sich so ähneln, daß hier bereits eine große Zahl von Handlungsreisenden, hauptsächlich Amerikaner, Franzosen und Belgier, eingetroffen seien, um ihre Waren in den besetzten Gebietsstellen abzusetzen. Auch einige hunderte amerikanische Bewohner des unbesetzten Gebietes, die sich dort in den verschiedensten Stellungen anhielten, seien gleichzeitig rührige Geschäftsgagenten.

Kurzer Wochenbericht

d. Preisberichtsstelle d. Deutscher Landwirtschaftsbaus vom 13. bis 19. Mai 1919.

Zur Lage des Weizenmarktes. Nach dem Monatsbericht des Washingtoner Ackerbaubureaus haben sich die Ernteaussichten in den Vereinigten Staaten im April weiter gebessert. Die Anfang Mai vorgenommene Erhebung ergab für Winterweizen einen Durchschnittssatz von 100,5 Prozent gegenüber 99,8 Prozent im Vormonat und 86,4 Prozent zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bemerkenswert ist der Umstand, daß die infolge von Winterföhen notwendigen Umpflügungen sich diesmal in sehr engen Grenzen hielten, so daß mit einer Erntefläche von 48 330 000 Acres, zu rechnen ist gegenüber 37 704 000 bzw. 27 430 000 Acres in den beiden Vorjahren. Der voraussichtliche Durchschnittsertrag pro Acre wird auf 18,4 Bush. geschätzt gegenüber 15,7 Bush. in 1918 und 13,2 Bush. in 1917. Auf Grund dieser Angaben stellt der Statistiker der Kemporker Produktionsreihe eine Winterweizenenernte von rund 900 Millionen Bushel (24,5 Mill. To.) in Aussicht, während im Vorjahr 558 Mill. Bush. (15,2 Mill. To.) und in 1917 nur 418 Mill. Bush. (11,4 Mill. To.) geerntet wurden. Nach den vorliegenden Berichten dürfte auch in den Frühjahrsweizengebieten mit einem vermehrten Anbau zu rechnen sein. Ob der mit Hilfe eines Garantiefonds von 1 Milliarde Dollar künstlich hochgehaltene Preis dem zu erwartenden Weizenüberschuß gegenüber standhalten wird, bleibt abzuwarten. In amerikanischen Fachkreisen herrscht die Lage um so skeptischer, als auch in Kanada bisher alle Vorbedingungen für eine gute Ernte gegeben sind und man vor allem dem Umfande Rechnung trägt, daß sich in Argentinien und Australien erhebliche Weizenvorräte angeammelt haben. Anzumeist andererseits infolge des in den asiatischen Ländern herrschenden Mangels an Weis ein Steigerung des Weizenverbrauchs eintreten wird, läßt sich noch nicht übersehen, es wäre aber immerhin möglich, daß der Weizenweltmarkt dadurch eine gewisse Entlastung erfahren würde. Die Nachrichten über die Ernteaussichten in den westeuropäischen Weizengebieten laufen nicht sonderlich günstig, besonders in Frankreich und Italien läßt der Gaatenfand manches zu wünschen übrig; beide Länder werden in der nächsten Saison voraussichtlich wieder auf stärkere Weizenimporte angewiesen sein.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Holte, Wehda. Druck und Verlag: Wehdaer Drucker und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wehda.

JEDE SORGE wegen schadhafter Dächer beseitigt AMBI, Abt. II K Charlottenburg 9

Amtsvorstand. Wechta, den 20. Mai 1919.

### Bekanntmachung.

Den Konfektionsgeschäften sind zweifelhafte Ansprüche (Zoppe und Hofe) und dicke Zoppen überwiefen, die an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden sollen. Die Abgabe erfolgt nur gegen den Amtsvorstande mit voller Rente ausgesetzte Bezugsscheine. Anträge auf Ausstellung derselben sind beim Amte, Zimmer Nr. 2 zu stellen. Rüdens.

Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Gemeindestraße Wechta-Stutenborg (Gemeinde Langförden), liegt bei dem Postamt Wechta vom 21. Mai ab auf vier Wochen aus. Ober-Postdirektion. Oldenburg, 3. Mai 1919.

### Bekanntmachung.

Für die Wahl des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wechta sind auf günstigen Wahlvorschlägen im ganzen nur sozial Beweiser benannt worden, wie zu wählen sind. Gemäß § 9 der Wahlordnung gelten sie daher als gewählt. Es sind dies:

- A. Arbeitgeber.**  
Vorstandsmitglieder:  
1. Hermanns, A., Brauereibesitzer, Wechta.  
2. Rabe, Jos., Schmiedemeister, Hertenpford.  
3. Wernke, H., Kupferfchmied, Goldorf.
- Erstschmänner:**  
1. Thole, J., Mandatar, Wechta.  
2. Weffermann, Jos., Malermeister, Goldorf.  
3. Scheele, S., Zimmermeister, Visbek.  
4. Bergmann, E., Maschinenfabrikant, Goldenstedt.  
5. Menke, M., Maurermeister, Wechta.  
6. Böhmann, A., Siggarenfabrikant, Steinfeld.
- B. Arbeitnehmer.**  
Vorstandsmitglieder:  
1. Krumme, Georg, Brauereiarbeiter bei Hermanns, Wechta.  
2. Dickschöfer, Carl, Vorarbeiter bei Kirchhoff Damme.  
3. Winger, A., Molkereiverwalter bei Molkerei Mühlen.  
4. Solzenkamp, Heint., Lagerarbeiter bei Schröder, Lutten.  
5. Oewers, W., Maurer bei Fortmann, Wechta.  
6. Niemann, Amtsbotengehülfe beim Amt Wechta in Dinklage.
- Erstschmänner:**  
1. Wöbemann, Aug., Arbeiter bei Warkning, Wechta.  
2. Rübemann, Georg, Buchhalter bei Strafanstalten, Wechta.  
3. Peters, Aug., Ziegelmeister bei Krogmann Kollhoff, Nordbörne.  
4. Schümer, Joh., Wägebhilfe beim Amt, Wechta.  
5. Müller, C., Maschinist bei v. Freytag, Hagen.  
6. Krause, C., Ziegelmeister bei Vormoor, Hagen.  
7. Krone, Fritz, Amtsbotengehülfe beim Amt, Goldenstedt.  
8. Krußmann, Heint., Gerichtsvollziehergehülfe beim Amt, Damme.  
9. Meyer, Anton, Seiger bei Hermanns, Wechta.  
10. Schumacher, Frz., Müller bei Schumacher, Wechta.  
11. Spee, Hans, Werkführer bei Zepe, Dinklage.  
12. Meyer, Heint., Kiesgräber bei Bergmann, Steinfeld.

Die auf den 14. Juni 1919 angesetzte Wahl der Vorstandsmitglieder findet daher nicht statt. Die Gültigkeit der gegebenen Wahl kann nach § 20 der Wahlordnung innerhalb eines Monats bei dem Versicherungsamt angefochten werden. Wechta, 1919, Mai 19.

**Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsverband Wechta.**  
Der Vorsitzende: R. Hermanns.  
**Am Donnerstag, dem 22. Mai d. J.,**  
nachmittags 6 Uhr  
soll der sogenannte Wätepohl im Bümmer-Wohld öffentlich verpackt werden. Pachtstübhaber wollen sich dort versammeln.  
Der Gemeindevorstand: Ostendorf.

### Kartoffel-Abnahme

**Bahnhof Dinklage.**  
Montag, den 28. Mai, vorm. von 7 bis 12 Uhr.  
Die Landeskartoffelstelle beistigt dringend Sp- und Hauptkartoffeln. Preis 14 Mt. pro Zentner, Anmeldeung bis zum 25. Mai erbeten.  
**Dinklage. Remme.**

### Verkaufs-Anzeige.

Am Donnerstag, dem 29. Mai, nachmittags 1 Uhr, werde ich bei meinem Hause 1 großes ostfriesisches Schaf und 25 bis 30 große ostfriesische Lämmer, sämtlich hier gegühtet, öffentlich meistbietend verkaufen. Diejenigen, welche noch Kämmen oder sonstige Gegenstände mitverkaufen wollen, wollen dieses sofort anmelden.  
Goldorf, den 20. Mai 1919.  
B. Johanning.

### Gemeinde Osterburg.

Die Ausgabe der neuen Briefkarten findet am Freitag, 23. Mai, vorm. von 9-11 Uhr und nachm. von 2-5 Uhr in den Wohnungen der Postmeister und Bezugsversteher statt. Rosenbohm.

### Grundstück-Verkauf

in der Feldmark Rüßen.  
Der Landwirt E. Grashorn zu Goldenstedt läßt seine in der Feldmark Rüßen, direkt an der Landstraße belegenden

**Heide-Grundstücke**  
2,8 ha und 9 ha groß, getrennt und auch im ganzen öffentlich meistbietend verkaufen. Beide Grundstücke eignen sich auch zu Bauplätzen.  
II. ex. letzter Verkaufstermin am Mittwoch, dem 28. Mai, nachm. 2 Uhr beim Gastwirt Walsmann in Rüßen.  
Keechenhausen, 19. Mai 1919.  
S. Klöder, Beid. Auktionator.

**3. und letzter Auflag mit Zuschlags-Erteilung.**  
Zeller Thole-Bahnen läßt am Montag, dem 28. Mai, nachm. 3 Uhr, im Hause des Wirts S. Blömer in Bahlen nachbenannte Immobilien geteilt und im Ganzen zum Verkauf aufliegen:

1. Das neu erbaute Doppelwohnhaus mit ca. 1 ha Garten u. Wiesengrund.
2. Das Einfamilienwohnhaus mit ca. 2 ha Garten, Acker- u. Wiesengrund.
3. ca. 1 ha 60 ar Wiese u. Neufkultur.
4. ca. 2 ha Wiese und Neufkultur.
5. 1 ha 31 ar 35 qm vorzügliches Ackerland.
6. 3 ha 97 ar 33 qm leicht zu kultivierender Boden im Bodhorster Moor.

Am 2. Uhr findet zuerst noch eine Besichtigung über die Einteilung der Parzellen statt, wozu Kaufgeneigte eingeladen werden. Veranmeldung beim Doppelwohnhaus.  
Die Grundstücke liegen eine Viertelmeile vom Bahnhof und Ort Dinklage und etwa 10 Minuten von der Maschinenfabrik Goldhaus.  
Käufer ladet freundlichst ein  
Ostendorf, amtl. Aukt.

### Verkauf eines Feuerhauses zum Abbruch.

Unter meiner Nachweisung steht ein Haus von starkem Eichenholz (Schwert und mit Strohdach), 15 Meter lang, 10 Meter breit, zum Verkauf.  
Näheres zu erfahren bei  
B. Johanning, Goldorf.

Im Auftrage der Erben verleihe ich hiermit, in den Moorplätzen des verstorbenen Kaufmanns August Brunthorst in Goldenstedt, Schollen oder Zopf zu heben. Jegliche erteilte Erlaubnis wird zurückgenommen. Zuwiderhandlungen werden unanständig zur Anzeige gebracht.  
Gleichzeitig erlaube ich nochmals alle diejenigen, welche noch Forderungen an August Brunthorst haben, ihre Rechnungen baldigst bei mir einzureichen. Schuldner wollen unverzüglich an mich Zahlung leisten.

**Wechta. B. Mente.**

Gemäß § 82 Gen.-Ges. wird hierdurch bekannt gemacht, daß durch Beschluß der Generalversammlung die unterzeichnete Genossenschaft sich aufgelöst hat.  
Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.  
Wöstenbiller, 1919 Mai 20.  
**Sterbehaltungsgenossenschaft Wöstenbiller,**  
e. G. m. b. H., zu Wöstenbiller i. L.  
Die Liquidatoren:  
Arnold Johannes, B. S. Langfermann, Georg Koops.

### la Gelblupinen

ohne Saatkarten, hat abzugeben.  
**Vechna. D. Schröder.**  
Am Donnerstag, dem 22. d. M., 11 Uhr vorm., wird auf Bahnhöf Wechta 1 Wagen Isler

### Kainit

(15000 Kilo) öffentlich meistbietend verkauft.  
**Güterabfertigung.**  
1 ostfriesisches Milchschaaf hat zu verkaufen  
Ww. Wempe, Farme bei Batum.

### 4-6 edig. Drahtgeflecht

in allen Breiten eingetroffen.  
**Wildeshausen. G. Nolte.**

### la Schellfisch u. Schollen

empfehlte  
B. Schöfter.  
**Zorf. Zorf.**  
Erhalte in den nächsten Tagen mehrere Rabungen Zorf darauf ich bis zum 24. d. Mts. noch Bestellungen entgegen nehme.  
Haverkamp, Goldorf.

**Bauschule** Rastede (Oldbg.)  
Meister- und Polterkurse  
Ausführlich, Programm frei.

**Achtung! Landwirte!**  
Soeben wieder prima Federöl (reine Friedensware) eingetroffen.  
Wechta. Frz. Köh. Sattlermeister.

Am Montag, dem 26. d. Mts., 10 Uhr vorm., findet an der Zaphorischen Fabrik am Bahnhöf eine Versteigerung von

**Kastenwagen, Bauern-Geschirren und Offizierssätteln**

statt.  
**Sammelstelle Lokne.**  
Zu verkaufen:  
**leichten Wagen** (Selbstfahrer) mit gutem Lederberbed und Vollpatentschfen.

**W. Stolle, Diepholz, Kohlhöfen 28.**  
Ein guterhaltenes

**Gramophon**  
mit 20 Platten sofort preiswert zu verkaufen. Näheres

**B. Rüttmann, Bohne.**  
**Ein neuer Anzug** (Friedensqualität), ein Arbeitsanzug, billig abzugeben.  
Wechta, Fuchtelstr. 60.

Siehe noch mehrere die, schlanke

**Eichen** zu verkaufen.  
Von wem sagt die Geschäftsstelle dieses Bl.

Ein fast neues

**Gramophon**  
mit Geldentwurf und 25 Platten zu verkaufen.  
Schlagter Kaiser, Wechta.

In der Gegend wo höchster Schuhmacher steht, ein

**Haus mit Garten** zu kaufen oder pachten gesucht. Nachfragen in der Geschäftst. d. Bl.

Siehe ein großes

**Mutterjahf** mit Wolle zu verkaufen.  
F. Bödtmann, Langwege bei Dinklage.

Aus einer Graflager Weide ist ein

**jährig. Ochse,** im linken Ohr ein Schnitt, entlaufen. Wer Ankauf über dieses Tier geben kann, wolle sich melden bei S. S. Kramer in Behnden bei Steinfeld.

**Geldgefunden** Schüring, Wechta.

**Quakenbrücker Bank**  
Hermanns u. Cie.  
Quakenbrück.  
Für Spargelder zahlen wir 4 % Zinsen und leisten höchste Garantie für Sicherheit und Verschwiegenheit.

**Turnverein Wechta.**  
Die regelmäßigen Turnstunden finden wieder statt: Dienstags und Freitags jede Woche, von 8 1/2 bis 10 Uhr in der Gymnastikhalle. Am pünktlichen und recht zahlreichem Erscheinen wird dringend gebeten.  
Der Vorstand.

**Achtung! Musik!**  
Empfehle angelegentlich meine 18-20 Mann stark Diepholzer Kapelle f. Konzert-, Marsch-, u. Ballmusik etc. Streich-, Blas-, Claviermusik in jeder beliebigen Stärke und Besetzung.  
S. Nolte, Kapellmeister Diepholz, Sempracher 170.

**Mähmaschine**  
(Marke Cormid mit Handablage) gebraucht aber sehr gut erhalten u. gründlich durchgepariert, hat abzugeben.  
Aug. Harm. Goldenstedt.

**Färben und Umfärben**  
von  
Leinen und Baumwollwaren. Färben von  
feldgrauen Bekleidungsgegenständen und Woll-Decken.  
F. van der Wal & Cie Akt.-Ges., Dinklage i. O.  
Ergolte in den nächsten Tagen mehrere Baggan

**Kainit**  
und gebe preiswert davon ab. Bestellungen sehr genau entgegen.  
S. Sawickhorst, Station Dinklage, Telefon Nr. 32.

**Freiwillige!!**  
Meldet Euch bei der schweren Reichswehr-Regt. :- Abteilung 10. :-  
Sollente Fuß-Regt. u. Jahrs bezw. zugeh. Einstellung nach den bekannten Reichswehrbedingungen. Weidung in Oldenburg, Dragonerregiment.  
ges.: Köhler, Hauptmann u. Abteilungsleiter.

**Semdentuch, Halbleinen, Messel in Ia Qualität, blau Röper, Kleiderleinen, sowie ein Posten gute Anzugstoffe**  
empfehlte  
Cl. v. Döllen, Visbek.